

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1538
Circulose Riesa Nr. 52

Nr. 215.

Donnerstag, 14. September 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 95.— Mark ohne Bringerlohn. Einzelnummer 5.— Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Zeilen) 9.— Mark; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Nachsetzungen und Vermittlungsgebühr 5.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungsanstalten — hat der Bezogener keinen Anspruch auf Vorforderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Döhnel, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittich, Riesa.

Den vom Ministerium des Innern genehmigten I. Nachtrag zum Ortsgesetz, die Einhebung von Gebühren im Meldewesen betr., vom 17. November 1908 geben wir nachstehend bekannt.

Der Rat der Stadt Riesa, am 12. September 1922.

Nr.

I. Nachtrag zum Ortsgesetz, die Einhebung von Gebühren im Meldewesen betreffend, vom 17. November 1908.

§ 1 erhält folgende Fassung:

Die im II. Nachtrage vom 11. Juli 1922 zu den Vorschriften für das Einwohner- und Fremdenmeldewesen in der Stadt Riesa vom 25. Juli 1908 unter Ziffer IV, § 21, verordneten Gebühren werden hiermit ortspezifisch festgesetzt.

II. Dieser Nachtrag tritt sofort in Kraft.

Riesa, am 11. Juli 1922.

Der Rat der Stadt Riesa.

Die Stadtverordneten.

(L.S.) (ges.) Dr. Scheider, Bürgermeister.

(L.S.) (ges.) G. Günther, Vorsteher.

1186 II G.

Genehmigt.

Dresden, am 30. August 1922.

Ministerium des Innern.

(L.S.) Für den Minister: J. U. (ges.) Oserlitz.

Milchkarten betr.

Die Ausgabe der Vollmilchkarten auf die Zeit vom 1. Oktober bis mit 31. Dezember 1922 findet für Kinder vom 1.—12. Lebensjahre, für schwangere Frauen und für Personen vom vollendeten 65. Lebensjahre ab im Rathaus — Lebensmittelamt — Nummer 15 — wie folgt statt:

Personen	Ort	Zeit
Diejenigen, die ihre Brotmarken im Hotel „Stern“ holen,	am 18. 9. vorm. 7—12 Uhr,	
„ „ „ „ im Hotel „Stern“ holen,	am 19. 9. vorm. 7—12 Uhr,	
„ „ „ „ im Hotel „Kronprinz“ holen,	am 20. 9. vorm. 7—12 Uhr,	
„ „ „ „ in der „Anabenschaule“ holen,	am 21. 9. vorm. 7—12 Uhr,	
„ „ „ „ im „Café Wolf“ holen,	am 22. 9. vorm. 7—12 Uhr,	
„ „ „ „ in der „Herberge zur Heimat“ holen,	am 23. 9. vorm. 7—12 Uhr,	
„ „ „ „ in der „Guten Luete“ holen,	am 25. 9. vorm. 7—12 Uhr,	
„ „ „ „ in der „Dampfbadkantine“ holen,	am 26. 9. vorm. 7—12 Uhr,	
„ „ „ „ in der „Stadt Dresden“ holen,	am 27. 9. vorm. 7—12 Uhr,	
„ „ „ „ in „Sieberts Restaurant“ holen,	am 28. 9. vorm. 7—12 Uhr,	

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 14. September 1922.

— **Liederabend Werner Reichelt.** Wir weisen nochmals auf den morgen in der Elbterrasse stattfindenden Lieder- und Balladenabend von Werner Reichelt hin. Am Freitag wird Herr Studierant Behold-Baunzen beiseite. Reichelt wird u. a. die große Ballade „Archibald Douglas“ singen.

— **Theatergemeinde Riesa der „Sächsischen Landesbühne“.** Zu einem überraschenden Wachstum hat sich die hiesige Theatergemeinde der „S. L.“ entwickelt. Neben einer Anzahl Gründungsmitglieder mit 75 000 M. gezahlten Beiträgen, zu denen sich noch mehr hinzugesellen dürften, und einer großen Zahl von Einzelmitgliedern gehören s. B. 9 hiesige Vereine der Theatergemeinde Riesa korporativ an: „Gewerbeverein“, „Amphion“, „Chorverein“, „Orpheus“, „Deutscher Offiziersbund“, „Kriegerverein „König Albert“, „Verein der Beamten der vorm. S. St.-G.“. Sehr bewacht hat sich die Einrichtung der 5 Mitglieder-Verzeichnisse: Sparkasse Riesa, Konsumverein Riesa, Hoffmanns Buchhandlung, Gemeindeamt Gröba und Konsumverein Gröba, die die Mitgliedslisten und Ausweise für Einzel- und korporative Mitglieder ausstellen. Es ist auf diese Art zu erwarten, daß die in Kürze kommenden Aufführungen der „S. L.“ Gemeinut aller auf edle Kunst bedachten Kreise werden.

— **Das Wohnungswesen.** Die „Mitteilungen“ des Deutschen Industrie- und Gewerbeverbandes, die die Wohnungswesen betreffen, bringen in ihrer Nummer 50 sehr beachtliche Ausführungen über die Wohnungsfrage. In Hand von statistischem Material wird die ganze Unhaltbarkeit der jetzigen Art der Behandlung dieser Frage nachgewiesen. Schleuniger Abban der Zwangswirtschaft im Wohnungswesen wird gefordert, da einmal die Organe der Zwangswirtschaft ihre völlige Unzulänglichkeit erwiesen haben, andererseits die Zwangswirtschaft zu Wälvorläufen und zur Ueberforderung im deutschen Grundbesitz treibt.

— **Staatsbad Elster.** Vertreter der Presse aller Richtungen besuchten am Sonntag und Montag auf Einladung des Staates das einzige staatliche Bad Sachsens, Bad Elster, um sich ein Bild von dem Werte dieses Bades für die Allgemeinheit zu machen. Man besichtigte die meisten vorhandenen Annehmlichkeiten und Heilmittel, namentlich die Heilquellen, die Mineral- und Moorbäder, das Inhalatorium, das Institut für mechanisches Heilverfahren für Anwendung von Röntgenstrahlen, Elektrizität und Massage und die Luft- und Sonnenbäder, besonders eingehend auch die Wohnungsverhältnisse. Bad Elster ist in diesen Dingen durchaus auf der Höhe eines erstklassigen Weltbades. Nur die Bahverbindung bedarf noch insofern der Verbesserung, als Bahnhof und Ort zurzeit nur durch eine staatliche Kraftwagenlinie verbunden sind. Man plant nach der baldigen Erschöpfung der zurzeit verwendeten Moorlager eine völlige Umgestaltung der Zu- und Abfuhr des Moores und will bei dieser Gelegenheit die Bahnfrage auch für den Personenverkehr lösen. Die Umgestaltung verlohnt sich schon deshalb, weil sich in den letzten Jahren immer mehr herausgestellt hat, daß die Moorbäder von Bad Elster wegen ihrer hervorragenden Heilkraft eine früher nicht geachtete Bedeutung haben. Auch die sonstigen Heilmittel und die hervorragend günstigen klimatischen Verhältnisse machen den Kurort zu einem unschätzbaren Besitze des sächsischen Staates und Volkes. Jede Aufwendung des Staates dafür trägt reiche Früchte für die Volksgesundheit, besonders weil eine beträchtliche Zahl sozialer Einrichtungen auch den weniger Bemittelten in die Lage versetzt, von diesen wertvollen Kurmitteln Gebrauch zu machen.

— **Der Transportarbeiterstreik** bezieht sich auf den sächsischen Transportarbeiter in

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 1553 Mark.

Mittwoch durch erneute Verhandlungen im sächsischen Arbeitsministerium durch amtliche Vereinbarung festgelegt worden. Die Arbeit sollte am heutigen Donnerstag früh wieder aufgenommen werden.

— **Die neuen Lohnsätze der Gemeindearbeiter.** Nachdem die Verhandlungen des Arbeitgeberverbandes sächsischer Gemeinden mit dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter, dem Metallarbeiterverband und dem Zentralverband der Maschinen- und Heizer am 7. d. M. ergebnislos verlaufen waren, hat die Bezirks-Schiedsstelle am 8. September d. J. einen Spruch gefällt, nach dem der Spitzenlohn für Handwerker in der Ortsklasse A in der ersten Septemberhälfte auf 58 Mark und in der zweiten Septemberhälfte auf 60 Mark festgesetzt worden ist. Das Prozentverhältnis für die angelernten und unangelernten Arbeiter und für die Arbeiterinnen sowie für die Ortsklassen B und C ist das alte geblieben. Die Rinderzulage wurde von 1 auf 2 Mark, die Frauenzulage von 25 auf 50 Pfennig arbeitsfähig erhöht. Der Schiedsspruch ist inzwischen von beiden Parteien angenommen worden.

— **Wer hat Anrecht auf Markenbrot?** Durch eine Verordnung über die öffentliche Brotversorgung vom 8. September hat das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft nunmehr die Ausführungsbestimmungen zu § 31 des Getreidegesetzes über die Beschränkung der Versorgung mit Markenbrot erlassen. Danach werden alle Personen von einer gewissen Einkommensgrenze ab von der Brotversorgung ausgeschlossen. Da für dieses Jahr die Einkommenssteueranmeldung noch nicht erfolgt ist, mußte das steuerpflichtige Einkommen für das Kalenderjahr 1921 zugrunde gelegt werden. Die Einkommensgrenze beträgt für das vergangene Jahr für eine Person 30 000 Mark zuzüglich 15 000 Mark für jeden in dem gemeinsamen Haushalt verpflegten Haushaltsangehörigen. Für denjenigen, dessen Einkommen sich gegen diese Höchstgrenze für 1921 in diesem Wirtschaftsjahre um nicht mehr als das Vierfache vergrößert hat, also der Geldentwertung nicht genügend erfolgt ist, bleibt der Nachweis dafür offen und damit die Möglichkeit, marktenfreies Brot zu beziehen, auch wenn er nach seinem Einkommen vom vorigen Jahre davon ausgeschlossen sein würde. Die Durchführung der Verordnung liegt in der Hand der Kommunalverbände. Der Ausschluß der Personen, die auf Markenbrot keinen Anspruch haben, soll bis zum 16. Oktober 1922 erfolgen.

— **Erhöhte Milchpreise.** Infolge der wiederum stark gestiegenen Verwertbarkeit der Milch bei deren Verarbeitung zu Vollkornprodukten hat die Preis-Kommission des R. L. V. sich gezwungen gesehen, zwecks Sicherstellung der Frischmilchversorgung den Vollkorn-Erzeugerpreis für die Zeit vom 16.—30. September 1922 wie folgt festzusetzen: Erzeugerpreis ab Stall an Händler, Molkerei und Sammelstellen im allgemeinen 22 Mark pro Liter. Die Zuschläge für Anfuhr bleiben die gleichen wie in der ersten Septemberhälfte, für mostereimäßige Behandlung der Milch beträgt der Zuschlag Mark 4,40 pro Liter.

— **Verflechtung auf dem Arbeitsmarkt.** Nach dem Wochenbericht des Landesamtes für Arbeitsvermittlung mehrten sich auf dem Arbeitsmarkt die Anzeichen für eine Verflechtung. Die Aufträge auf Bestellung von Arbeitskräften gingen weiter zurück. Die Zahl der Arbeitsuchenden stieg. In der Landwirtschaft hat der Bedarf an Arbeitskräften nachgelassen. Arbeitslose konnten als Kartoffelgräber nach außerstädtischen Bezirken geschickt werden. Der Bergbau ist weiter aufnahmefähig. Die keramische Industrie ist voll beschäftigt, jedoch erfolgten keine Neueinstellungen. Auch die Holzleien sind

nach gut beschäftigt. Einzelne Entlassungen erfolgten im Steinmetzgewerbe. Der Geschäftsgang in der Metallindustrie ist noch flott, trotzdem ist der Zugang an Erwerbslosen größer als der Abgang. Die Blechindustrie arbeitet teilweise wegen Rohstoffmangel verkrüppelt. Auch in der Textilindustrie scheint die Beschäftigungsmöglichkeit nachzulassen. Teilweise wird bereits von verkürzter Arbeitszeit berichtet. Im Zettler- und Tapezierergewerbe stieg die Zahl der Arbeitslosen. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe dauern namentlich die Entlassungen im Bäckerei- und Fleischergewerbe an. Weitere Betriebserschließungen fanden in der Zigarren- und Bismarckindustrie statt. Die Zahl der Arbeitsuchenden ist im Steigen. Sowohl das Schuhmachergewerbe als auch die Schuhmachereindustrie verzeichnen einen Zugang an Erwerbslosen. Das Malergewerbe steht weiter im Zeichen der Abnahme der Arbeitsmöglichkeit. Der Bedarf an ungelerten Arbeitkräften im Baugewerbe ging beträchtlich zurück. Die bisher günstige Beschäftigung im graphischen Gewerbe hat sich außerordentlich schnell in das Gegenteil verwandelt. Die Zahl der ungelerten Arbeiter nahm mangels hinreichender Beschäftigungsmöglichkeit wieder zu. Ein Zurückhalten in der Verteilung von Aufträgen macht sich auch im Handelsgewerbe bemerkbar. Infolge Beendigung der Saison in den Kur- und Badeorten stieg das Angebot von Arbeitsuchenden aller Art. Das Angebot von hauswirtschaftlichem weiblichen Personal bleibt wie immer gegenüber der großen Zahl offener Stellen ungenügend.

— **Gegen den sächsischen Kultusminister.** Die Leipziger Stadtverordneten nahmen mit 35 gegen 33 Stimmen folgenden demokratischen Antrag an: Das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, bei der sächsischen Regierung unverzüglich gegen die Verordnung des Kultusministeriums vom 21. August 1922 betr. Verbot der Pflege religiöser Bestimmung außerhalb der Religionsstunden sowie gegen die in der Verordnung vom 12. Aug. 1922 vollzogene Aufhebung der bisher bestehenden Feiertagsvereinbarungen mit den Kultusgesellschaften vorstellig zu werden und die sofortige Zurücknahme zu fordern.

— **Landesverband der Sächsischen Zahnärzte.** Die im Landesverband zusammengeschlossenen Zahnärzte haben beschlossen, ihre Rechnungen nach den Sätzen der Friedensgebührenordnung aufzustellen, die sie mit der monatlich erscheinenden Reichsänderziffer multiplizieren. Auf diese Weise wird ein Durchschnittshonorar erzielt, das auch Winderbemittelten noch eine zahnärztliche Behandlung ermöglicht. Die Zahnärzte haben sich damit dem schon beobachteten Verfahren der Ärztekammer angeschlossen.

— **Gröba.** Öffentliche Sitzung des Schulausschusses findet am Freitag, den 15. September, nachm. 7 Uhr im Sitzungssaal in der Zentralschule statt. Beratungsgegenstände: 1. Mitteilung über Genehmigung des Nachtrages zur Ortschulordnung und Genehmigung der gefassten Beschlüsse. 2. Antrag des Schulausschusses in Bodra um Bildung eines Fortbildungsschulverbandes. 3. Beratung der aufgestellten Turnhallen-Ordnung. 4. Beschlußfassung über Einrichtung des angekauften Feldgrundstückes als Schulgarten. 5. Beschlußfassung über Einrichtung einer Nebenablage für Fortbildungsschüler. 6. Mitteilung über Beschaffung von Heizmaterial für die Zentralschule. 7. Mitteilung über die Befestigung der Wahl des Schulleiters und Fortbildungsschulleiters. 8. Mitteilungen und Anfragen. Hierauf nichtöffentliche Sitzung. Berichterstatter sind folgende Herren: Zu 1 und 7 der Vorliegende, zu 2 Weiskner, zu 3 Bennenwig, zu 4 Daubold, zu 5 Elster, zu 6 Schmidt.

— **Gröba.** Gestohlen wurden in der Nacht zum 13. d. M. mittels Einbruches in Möberrau aus drei getrennten Schuppen in einem Grundstück 2 Herren- und 1 Damenrad, in Möberrau ebenfalls aus einem Schuppen 1 Damenrad.

Die Diebe, die die aufgedruckten Vorhängeschlösser mitgenommen haben, scheinen junge unverheiratete Burken zu sein, da sie in zwei Schuppen das darin einsteckerte Weib, für das sie vermutlich keine Verwendung hatten, oder bei dessen Verkauf sie sich gekümmert haben, unbedeutend gelassen haben. In einem zweiten Grundstück in Röhrenau ist in derselben Nacht ebenfalls an einer Schuppentür ein Einbruch verübt worden. In diesem Falle ist es an der Festigkeit des Vorhängeschlosses gekümmert. Eins von den gekohlenen Herrenradern ist ein Copel-Rad (Nr. 144210) mit schwarzem Rahmen und Felgen, alle anderen Teile sind gut vernickelt. Die zwischen Hinterriff und Glocke abgedruckte Venstränge ist auf einem Holzstock wieder aufammengeklickt, die Druckstelle mit rotem Tuch umwickelt. An dem vorderen senkrechten Rahmenrohr ist ein blaues Schild, blau unterlegt, angebracht, das in Eisenform die Worte 'Adam Copel, Nüßelheim a. M.' trägt. Derselbe Schriftsatz befindet sich auf dem hinteren Schutblech in blauer Farbe. Von den übrigen Rädern ist Marke und Nummer nicht bekannt. Das Herrenrad hat schwarzen Rahmen, an dem das schräge Rohr mit einer aufgeschobenen Muffe gefügt ist. Die vernickelten Teile sind verrostet. Vereisung wenig gelassen, Griffe abgenutzt, hinten graues Militärschutblech. Ein Damenrad frisch nämlich schwarz lackiert, an Rahmen und Speichen geringe blaue Stellen, im rechten Vorderabsatz ein Loch, Bremskante abgedreht. Das andere Damenrad schwarzen Rahmen und gelbe Felgen, ohne Kleiderschutz, Vorderrad weist infolge lockerer Speichen, vorderes Schutblech mit Draht befestigt, neue Vereisung. Sachverständige Mittellungen über etwaige Kaufangebote erbittet die Gendarmerei in Gröbba.

Döbeln. In der Nacht zum Dienstag wurde ein hier zu Besuch weilender Gräbergehilfe aus Kleinmündorf auf dem Salzgraben überfallen und seiner Borschaft in Höhe von 4000 M. beraubt. Der Heberfallene hatte vorher mit einem ihm unbekanntem Artisten in verschiedenen Gastwirtschaften gesetzt und will diesen mit Bestimmtheit als den Täter erkannt haben. Der Artist wurde ermittelt und festgenommen.

Leisnig. Eine seltene Weibeskunde erlebten jüngst die musikalischen Kreise unserer Stadt. Der hiesige Männergesangsverein 'Niedertraum' ließ es sich nicht nehmen, dem Präsidenten des Deutschen Sängerbundes Nordamerikas, Herrn John H. Frenzel aus Indianapolis, der als Gast des bekannten Komponisten Franziskus Raaler in unsern Mauern weilte, eine Sorenade zu bringen. Auf die gebotvolle und markante Begrüßungsansprache des Vorsitzenden, Herrn Dr. med. Hehl, antwortete der Gefeierte mit ebenso innigen und zu Herzen gehenden Worten, daß er es auch in schwerer Kriegszeit für seine Aufgabe gehalten habe, das deutsche Lied zu pflegen als einziges Band, das tausende deutscher Herzen auf fremdem Boden mit der Heimat noch verknüpft, und forderte alle auf, mit ihm zusammen auch fernher nicht nachzulassen in der Pflege des deutschen Männergesanges als eines der edelsten deutschen Kulturgüter, das mit dem in ihm verkörperten Brudergeiste zur Befreiung unseres Volkes und zum Wiederaufbau unseres deutschen Vaterlandes führen müsse.

Dresden. Die Errichtung einer städtischen Pressestelle ist vom Räte der Stadt Dresden vom 1. Januar 1923 an genehmigt worden. Zur Leitung der Pressestelle soll eine journalistisch vorgebildete Kraft in Privatdienstvertrag angestellt werden.

Jauerode. In der letzten Sitzung des Gemeinderates wurde dem Antrag für die Reinigung des Ortes mit der Stadt Freital zugestimmt. Rat und Stadtverordnete von Freital haben ihn bereits angenommen. Die Reinigung wird voraussichtlich bereits am 1. Oktober vollzogen werden.

Freiberg. Mit Wirkung von Anfang September ab ist der Preis für das Einheitsmaß auf 23 Mark pro Kubimeter (bisher 7,50 M.), für elektrischen Lichtstrom auf 16 M. und für Kraftstrom auf 14 M. erhöht worden.

Großschweidnitz. Hier ist beim Kesselrücken ein 21 jähriger Fabrikarbeiter in die glühende Schmelze gestürzt. Er erlitt an Händen und Füßen schwere Brandwunden, so daß ihm u. a. am linken Bein die ganze Fußsohle bis zum Knöchel abfiel.

Kirchbain. Bei einem Postunterbeamten des hiesigen Postamts wurde am Montag Hausdurchsuchung abgehalten. Es wurden zwei Postfächer voll Waren gefunden, von denen man annimmt, daß sie aus Postpaketen herrühren. Veranlassung gab ein Futterpaket, das nicht nach Kirchbain gehörte, sondern bei den anderen Paketen im Paketraum des hiesigen Postamts stand. Das Paket hat die hiesige Wohnpoststation nur des Umladens wegen berührt. Es mußte also von einem Beamten mit nach dem hiesigen Postamt genommen worden sein. Am Montag früh war das Paket aus dem Paketraum verschwunden. Es lenkte sich der Verdacht sofort auf den Beamten, der in der vorherigen Nacht

Solche Kinder gedeihen wirklich, deren Ernährung durch Mehl's Kindermehl geregelt ist. Es ist ein milchhaltiges Nährmittel, hergestellt aus der Milch ferngefundener Getreidekörner, Zucker, Malz und Weizenweizenpulver usw. Dabei ist es trotz seines sehr hohen Nährwertes so leicht verdaulich, daß es schon von Kindern im zartesten Alter vollständig verdaut und auch auf die Dauer gut vertragen werden kann.

Das Geld im deutschen Sprichwort.

„Geld regiert die Welt.“ — und wenn es auch nur Papiergeld ist. Wir machen heute die Erfahrung, daß das Geld umso mehr wert wird, je weniger es wert ist und daß die Jagd nach dem Gelde andauert, auch wenn es keine Jagd nach dem Gelde ist. Das deutsche Sprichwort hat sich besonders viel mit dem Gelde beschäftigt, und wenn wir die Zusammenstellungen in der grundlegenden, bei Weid in München vor kurzem erschienenen „Deutschen Sprichwörterkunde“ von Friedrich Seiler betrachten, tun wir damit einen tiefen Einblick in die nachdenkliche Weisheit unseres Volkes. Die Nacht des Geldes ist in zahllosen Redensarten ausgesprochen. Da heißt es z. B.: „Geld ist Junker, Geld ist der Mann, der's kann.“ — Geld ist Königin, Tugend und Kunst sind ihre Schatzkammerinnen. — Geld ist die Frau, um die man tanzt.“ Das Geld kann nach der Anschauung des Volkes, das viel unter beständigen Nöthen und Beamten zu leiden hatte, vor Gericht viel aussprechen: „Geld kann nicht Unrecht tun.“ — War' eine Sache noch so krumm, man biegt mit Geld sie um und um. — Geld, das krumm ist, macht gerade, was krumm ist. — Geld vor, Recht nach. — Wo Geld redet, da gilt alle andere Rede nicht. — Wo man mit goldenen Wägen fährt, da hat das Recht sein Schloss verlehrt.“ Wer Geld hat steht in Ehren und Ansehen: „Gast Du Geld, so trittst herbei, hast Du kein, keh' bei der Tür.“ — Der Pfennig wird geacht, ohn' Pfennig ist niemand wert. — Geld im Sackel düst den Wirt. — Wer kein Geld imbeutel hat, muß Honig im Munde führen.“ Und das niederdeutsche Sprichwort sagt: „Ein Mann sonder Geld ist ein Af' (Esel).“ Der, der Geld hat, hat leicht Einkauf. „Groß Geld, großer Glaube.“ heißt es, und mit dem „Glauben“ ist hier der „Kredit“ gemeint. „Wer gut bezahlt, kann wieder borgen.“ „Bargeld laßt, — ist gute Ware, — laßt wohlfeil.“

Die Goldmünze, die ja bis in unsere traurigen Zeiten das wichtigste Geld des Volkes gewesen ist, taucht vielfach in den Redensarten auf. Im Ringwesen unterschied man Schrot und Korn, und zwar bezeichnete Schrot das Gewicht der Münze, Korn ihren Feingehalt an Silber oder

Dienst hatte, und die Hausdurchsuchung bei ihm übererte denn auch das Paketutage, sowie noch viele andere Gegenstände des täglichen Bedarfs. Er ist in Untersuchungshaft genommen worden.

Chemnitz. Das Landgericht Chemnitz verurteilte einen Hochstapler schlimmer Sorte, den 1878 in Gelsenau geborenen, bereits vorhergegangenen Buchmacher und Trauer-Gemalt Albert Feder wegen Betrugs und Unterschlagung zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis. Er predigte im Herbstjahr 1920 einen Gutgläubigen in Kuerbach um 18000 M., die er zum Ankauf von Pferden erhielt. Weitererschwindelte er sich unter Vorpiegelung der ungeheuerlichen Lügen Beträge von 80000, 40000 und 20000 M. Das Geld verwandte er auf den Rennplätzen.

Garnsdorf. Die hiesigen Landwirte dankten den Armen und den Kriegsveteranen unseres Ortes gegen 150 Zentner Kartoffeln. Auch erhalten die alten Einwohner aus Mitteln der Altershilfe und der Gemeinde je 3 Zentner Brennmaterial.

Zwickau. Für reichlich zwei Millionen Mark Brennholz hat der Stadtrat bestellt, das für 1200 M. der Raummeter an die Minderbemittelten abgegeben wird.

Golditz. Als dieser Tage ein hiesiger Kaufhändler in ein Gut des eine halbe Stunde von hier gelegenen Dorfes K. kam, sah er eine Anzahl Gänse gravitätisch über den Gutshof spazieren. Auf die Frage an den Gutsherrn B., ob er wohl zu Weihnachten einen solchen „Marinsvogel“ bekommen könne, erhielt er zustimmende Antwort. Der Sicherheit halber fragte er sodann nach dem Preise, erhielt aber die Antwort, daß sich ein solcher bei den jetzigen Preisverhältnissen noch nicht bestimmen lasse. Den Gutsherrn um wenigstens ungefähre Preisangabe bittend, legte dieser den Finger an die Stirn und sagte nach kurzer Berechnung: „Eine Gans kostet jetzt soviel, wie vor dem Kriege 6 Hefen Käse!“ Der Kaufhändler setzte sich und — verzichtete auf den „Aushandel“, denn das Exempel stimmte bei der Nachrechnung. — Das Gänsefleisch war von jeder dem Schwelgerei gleich oder ähnlich; letzteres kostet jetzt das Pfund 160 Mark, eine 12pfündige Gans somit circa 1920 Mark, eine Hefen Käse vor dem Kriege aber circa 850 Mark, ergibt für 6 Käse circa 5100 Mark. Diernach dürfte sich wohl leider so mancher die Frage nach dem Preise einer Weihnachtsgans ersparen müssen.

Leipzig. Mitte August waren in Leipzig 19 Postämter durch gefälschte Post-Kreditbriefe erheblich geschädigt worden. Die Schwindler waren im Auto von einem Postamt zum andern gefahren und hatten durch Vorlegung gefälschter Kreditbriefe in Leipzig insgesamt die Summe von 57000 Mark erlangt. In Berlin und Breslau hatten sich die Gauner durch dasselbe Manöver noch größere Summen verschafft, und trotzdem die Volkspolizei nicht auf ihrer Spur waren, gelang es den Schwindlern doch, zu entkommen. Nunmehr ist es der Altonaer Kriminalpolizei gelungen, die Post-Kreditbriefschwindler festzunehmen. Es handelt sich um einen Kaufmann aus Altona, einen Kaufmann aus Bergedorf, einen Buchdrucker aus Hamburg und einen Graveur aus Harburg. Die beiden letzteren haben die falschen Kreditbriefe hergestellt und die beiden Kaufleute haben die Schwindeltaten ausgeführt.

Vermischtes.

Sum Untergang der „Hammonia“. Aus London wird gemeldet: Der Dampfer „Ainsfaun Castle“ traf am Dienstag in Southampton ein und landete 855 Heberlebende, die von dem deutschen Dampfer „Hammonia“ gerettet wurden. Gleichzeitig werden jetzt ergreifende Einzelheiten von dem Schiffungungsfall bekannt. In der Nacht zum Freitag trat plötzlich ein harter nordwestlicher Sturm auf, der bald darauf die Stärke eines Orkans annahm. Am Sonnabendmorgen fand man, daß das Schiff ein Pech erlitten hatte. Kleine Wellen stürzten über das Schiff, und die „Hammonia“ senkte sich langsam nach Steuerbord über, worauf der Kapitän Notsignale ausfandern ließ. Bisher glaubte man, daß alle Passagiere und die gesamte Besatzung gerettet worden seien. Der Kapitän der „Ainsfaun Castle“ erzählte jedoch, daß er zahlreiche Leichen in Trümmern in der See treibend gesehen hätte. Bei seinem Eintreffen an der Unfallstelle sei das Schiff bereits im Sinken gewesen. Frauen und Kinder klammerten sich an die umgeschlagenen Rettungsboote und die Rettungsflöße. Die Mannschaft der „Ainsfaun Castle“ war acht Stunden lang mit dem Rettungswert beschäftigt. Während dieser Zeit hielt der Sturm mit unverminderter Heftigkeit an. Auch ein Boot der „Ainsfaun

Castle“ schlug im Sturme um, doch gelang es, die Besatzung zu retten. Heberlebende erzählten, daß riesige Wellen über der „Hammonia“ zusammenstürzten. Frauen, viele von ihnen mit Kindern im Arme, stellten sich an den Reelings auf der Steuerbordseite fest, die zum Teil schon im Wasser lag. Einige Frauen sprangen über Bord. Insgesamt sind etwa 80 Menschen ums Leben gekommen.

Kus Unvorsichtigkeit erschossen. Dienstagabend wurde im Ausschusspark in Berlin der Oberstleutnant Heinrich Redfeld vom Schützen-Verein als Unvorsichtigkeit erschossen. Beide lagen im Biebrermeierzelle des Vergnügungsschiffs, als Redfeld in die Rodtasche sah, um etwas herauszuholen. Dabei berührte er den Hahn seiner entriegelten Pistole, die sich entzündete. Die Kugel drang seinem ihm gegenüber sitzenden Kameraden ins Herz und führte seinen sofortigen Tod herbei. Redfeld wurde wegen fahrlässiger Tötung verhaftet.

Gefängnis für einen Milchverwässerer. Das Gericht zu Stendal verurteilte einen Milchhändler Förster, der Milch bis zu 140 Prozent verwässert hatte, zu sechs Monaten Gefängnis und 100000 Mark Geldstrafe, seine Tochter, die ihm geholfen hatte, zu 50000 Mark Geldstrafe. Das Bier auf der Oktober-Biere. In der Dienstagmorgen abgehaltenen Besprechung der Brauereivertreter mit den Wirten der Münchener Oktober-Festwoche wurde der Preis für das Oktober-Fest-Bier auf 50 Mark pro Liter festgesetzt. Zum Ausschank kommen 15 bis 16 prozentige Märzbiere. Zum Oktober-Fest 1921 betrug der Preis für ein Liter 6 Mark.

Sie können gehen! Nicht ohne Dumme ist ein Vorfall, der sich, wie das „B. Z.“ berichtet, vor einem Berliner Untersuchungsrichter abspielte. Der selbsterklärt verhaftete Freiherr Ludwig von Gogoloffen-Dortel befand sich seit zwei Jahren in Untersuchungshaft, da gegen ihn eine sehr umfangreiche Voruntersuchung schwebte, die ihn mit fast allen Paragraphen des Strafgesetzbuches in Konflikt bringt. Er hat u. a. in eleganter Offiziersuniform als angeblicher Leutnant große Beträge in gefälschten Banknoten verübt. Donnerstag wurde er wieder einmal dem Untersuchungsrichter vorgeführt. Am Schluß der Verhandlung sagte der Untersuchungsrichter an dem Angeklagten: „Sie können gehen.“ — „Näher!“ — wollte er damit nur sagen, daß die Vernehmung beendet sei, und der Untersuchungsgefängnis wieder abgehört werden könne. Der Wachtmeister war aber zufällig abwesend, was dem Richter entgangen war. Der Verurteilte nahm die Worte des Richters buchstäblich und „ging“, aber nicht zurück in seine Zelle, sondern in ein Nebenzimmer, von dem aus es ihm mühelos gelang, durch den Korridor zu entkommen. Bisher konnte Gogoloffen nicht wieder ermittelt werden.

Das fünfte Rad am Wagen. Das fünfte Rad am Wagen gilt uns als ein Ausdruck dafür, daß etwas überflüssig ist und sogar hinderlich ist. Wir sind eben so daran gewöhnt, uns einen Wagen mit höchstens vier Rädern vorzustellen, daß uns jedes Mehr als absurd erscheint. Aber der vierrädrige Wagen gehört zu den vielen Dingen, die uns aus alten Zeiten überkommen sind, die wir zunächst kritiklos übernommen haben und von denen sich nun herausstellt, daß sie in die neue Zeit nicht mehr passen. Wenn es nun auch nicht gerade ein fünfrädriger Wagen ist, der uns als das Ideal erscheint, so werden doch vierrädrige Wagen immer mehr empfohlen. Wie Dr. M. Neubauer in „Reclams Universalium“ mitteilt, hat man herausgefunden, daß die vier Räder die Ausnutzungsmöglichkeiten der Wagen durchaus nicht erschöpfen und besonders bei Lastkraftwagen die Leistung erheblich verringern. Das Verhältnis der Last zur Stärke des Motors ist bei vier Rädern nicht günstig. Man hat daher sechsrädrige Lastkraftwagen gebaut und mit ihnen so gute Erfolge erzielt, daß man jetzt zur Herstellung von Wagen mit 8 und sogar 10 Rädern übergeht. Bei den 10 Rädern sind 8 und werden die 6 hinteren Räder als Treibräder ausgebildet, d. h. sie werden unmittelbar vom Motor aus angetrieben, während die vorderen vier Räder nur Lauf- und Lenkräder sind. Durch die Vermehrung der Räder wird erreicht, daß bei gleicher Stärke des Motors eine um 50 Prozent schwerere Last befördert werden kann, als es bei vier Rädern der Fall ist.

Neueste Nachrichten und Telegramme vom 14. September 1922.

Der Sturz der ungarischen Krone.
X Budapest. (Mag. Tel.-Korr.-Bureau.) In Anbetracht des durch unlautere Spekulation hervorgerufenen Sturzes des Kurzes der ungarischen Krone hat der Finanzminister folgenden Befehl erlassen: Wer in fremden Zahlungsmitteln spekuliert, ungarische Kronen nach dem Auslande anbietet, Waren, Wertpapiere oder andere Effekten ohne Gegenleistung nach dem Auslande schafft oder von der Devisenzentrale durch betrügerische Vorpiegelungen ausländische Zahlungsmittel erhält und über die Kaufkraft der ungarischen Krone unwahre Gerüchte verbreitet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren, einer Geldbuße bis zu einer Million und Vermögenskonfiskation bestraft. Ausländer werden für immer ausgewiesen.

Neubestellungen auf halben September

zum Bezug des hiesigen Tagesblattes gebe man Besorgung an alle Zeitungsverleger oder zur Vermittlung an die auch an die Tagesblatt-Geschäftsstelle Goethestr. 59. — Der halbe September kostet M. 50. — einschließlich Bringerlohn.

Ein Bilderarchiv aus Sächsischen Bauernleben.

Der Landesverein Sächsischer Heimatfreunde richtet an alle, die ihr Volkstum lieben, die herliche und bringende Bitte um recht eifrige Mitarbeit in Bezug auf das Sammeln von photographischen Aufnahmen aus dem Bauernleben. Die Bilder sollen den Bauer zeigen, wie er vom Morgen bis zum Abend auf dem Felde und im Gehst, im Stall und in der Scheune, und die Bäuerin, wie sie in Küche, Milchfeller und Garten, beim Melken, Buttern usw. tätig ist. Der Lauf des Jahres bietet reichhaltige photographische genug Anregungen zu Aufnahmen aus dem häuerlichen Leben, vom Langerfahren, Pflügen, Eggen, Eßen (mit Säeten oder Maschinen) und Walzen an bis zur Kartoffel- und Rübenarbeit im Herbst und dem Dreschen (mit Flegel oder Pferdegeschlössen) im Winter.

Außer der harten Bauernarbeit sollen die Bilder häuerliche (und dörfliche) Feste veranschaulichen, z. B. Erntedankfest (mit Tanz auf dem Getreideboden), Kirn (mit Brettschaukel auf der Tenne und Kuchenfesten), Schützenfest im Landstädtchen, Schweinefestschlachten, Treibjagen, Schützenpartien, Bauernhochzeiten (auch nach alten Bildern). Auch Aufnahmen von Dorfspielen (z. B. Nachtmäcker mit Spieß, Horn und Laterne) und häuerlichen Alltags- und Festtrachten sind erwünscht, desgleichen Innenansichten (z. B. das Gesinde in der Kuchentube bei der Mahlszeit).

Vorstehende Aufstellungen sollen nur Anregungen geben und lassen sich beliebig vermehren. Einwendungen von Wägen photographischer Aufnahmen — unter Beifügung etwa nötiger Erläuterungen — sind an die Geschäftsstelle des Landesvereins Sächsischer Heimatfreunde, Dresden-Mittstadt, Seehausen 24, zu richten. Im Interesse des guten Zweckes und im Hinblick auf seine beschränkten Mittel wäre der Verein für kostenlose Ueberlassung der Bilder dankbar, doch ist er auf Wunsch auch bereit, die Herstellungskosten zurückzuerstatten.

Die Österreichische Frage.

Wien. Im Ausschuss der Nationalversammlung für Neuere berichtet Bundeskanzler Dr. Seipel über die in Genf geführten Verhandlungen. In seine Ausführungen schloß sich eine Debatte, in der Vertreter aller Parteien sprachen. Der Ausschuss nahm darauf folgenden Antrag an: Der Ausschuss erinnert daran, daß er am 31. August es für die oberste Aufgabe der auswärtigen Politik erklärt hat, die Selbständigkeit der Republik zu wahren. Diesem Grundgedanken entsprechend erklärt er der Ausschuss für unerlässlich, daß die vom Bundeskanzler gestellten Bedingungen für die Zulässigkeit einer internationalen Finanzkontrolle für die Einbeziehung der in den Verträgen festgesetzten Bedingungen beschränkt, die über die zu gemäßen Auslandsbilanz abzuschießen sein werden. In dem dem Ausschuss dem Bundeskanzler sein Vertrauen ausdrückt, nimmt er seine Erklärungen aufnehmend zur Kenntnis. Für den ersten Satz des Antrages stimmten auch die Sozialdemokraten.

Zusammenhänge an der griechisch-bulgarischen Grenze. Paris. Nach einer Meldung des "Matin" aus Athen sind auf griechischem Gebiet Zusammenhänge zwischen bulgarischen Komitassen und griechischen Truppen vorgekommen.

Eine Schilabe über Valcha.

Paris. Nach einer Agentenmeldung aus Moskau hat Enver Pascha vor kurzem eine Schilabe erlassen. Er sieht sich in Eile nach Osten zurück. Seine ganze Artillerie soll in die Hände der Bolschewiken gefallen sein.

Von der Völkerbundtagung.

Genf. Im 2. Ausschuss (technische Organisation) wurden zwei Entschließungsentwürfe angenommen, von denen der eine den Rat zur Vorbereitung einer ständigen Organisationskommission ermächtigen soll und der zweite die verschiedenen Regierungen zur Hilfestellung für den Ausschuss zur Bekämpfung der Epidemien auffordert. Die 6. Kommission (politische Angelegenheiten) schloß die Debatte über den von Murray (Schweiz) eingebrachten Resolutionsentwurf zum Schutz der Minderheiten. Nach längerer Auseinandersetzung wurden auf Antrag Fisher (England) die §§ 2 und 3 des Murray'schen Entwurfs einer Unterkommission überwiesen. Es handelt sich dabei um die Frage, ob die Anrufung des internationalen Gerichtshofs bei Schwierigkeiten im Minderheitenschutz erst nach einer näher zu bestimmenden Frist erfolgen soll, sowie um die von den baltischen Staaten und Polen bestrittene Ernennung von ständigen Völkerbundsdelegierten in Orten mit gemischter Bevölkerung. Die §§ 1, 4 und 5 des Murray'schen Entwurfs wurden dagegen unter Zustimmung der eben genannten Vertreter von der Kommission genehmigt. Sie enthalten allgemeine Richtlinien über die Beziehungen des Völkerbundes zu den betreffenden Regierungen, über die Pflichten der Minderheiten und das Verhältnis zu den Staaten, die keine besondere Verpflichtung dem Völkerbunde gegenüber übernommen haben. In der gestrigen Sitzung des 6. Ausschusses erwiderte der Präsident London (Holland) auf eine Anfrage nach dem Stande der Prüfung des Aufnahmegebührensangens, es sei nicht abgeschlossen, daß die Aufnahme schon in der nächsten Vollversammlung behandelt werden könne.

Genf. Die perische Abordnung, die bereits mit ihrem Antrage auf Querschnitt eines nichtständigen Rates an Vorarbeiten in der Versammlung einen Vorstoß zu Gunsten der mohammedanischen Welt unternommen hatte, bemühte sich die gestrige Ausschusssitzung, um eine größere Berücksichtigung der muslimischen und orientalischen Völker zu verlangen. So forderte u. a. ein perischer Vertreter, daß die Grundzüge des Minderheitenschutzes auch den Minderheiten im Orient zugute kommen müßten.

Genf. Der Völkerbundrat trat in seiner gestrigen Sitzung in die Prüfung der Frage ein, nach welchen Methoden die acht industriell bedeutendsten Staaten festzusetzen seien, die bekanntlich nach dem Versailler Friedensvertrage ohne weiteres Mitglieder des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsamts sind. In der Frage der Gründung eines internationalen Verbandes für Kinderbeschäftigung der Rat, zunächst neue Informationen einzuholen.

Genf. In der gestrigen Sitzung des Völkerbundsrats, der den Bericht des internationalen Ausschusses für geistige Zusammenarbeit entgegennahm, hielt der Präsident des Ausschusses, der französische Philologe Henri Bergson, eine Rede über die Ziele und Arbeiten dieser neuen Völkerbundsorganisation und forderte dabei, daß nicht nur das materielle Gedeihen, sondern auch die Not der geistigen Arbeiter der Welt selbst berücksichtigt werde. Er betonte die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit der großen wissenschaftlichen Körperschaften. In einer längeren Erwiderung machte Valfour auf die Einmündigkeit finanzieller Art aufmerksam, die sicher in der Völkerbundsversammlung gegen neue Projekte erhoben werden würden. Daraus genehmigte der Rat den vorher von Hanotiau (Frankreich) vorgelegten Bericht der Kommission für geistige Zusammenarbeit.

Genf. Der Völkerbundrat nahm heute den Bericht von Domani (Belgien) über die Vorschläge der zur Abänderung der österreichisch-ungarischen Grenze im Burgenlande eingesetzten Grenzfestsetzungskommission entgegen. Der Vorschlag der Kommission teilt Ungarn das Gebiet von Günsingen, von Siebzig und des Winkfals zu. Der Völkerbundrat entschloß sich, nach keinen Beschluß zu fassen, sondern zunächst in eine Prüfung der Lage einzutreten.

Freude über den türkischen Sieg in Indien.

London. Einer Blättermeldung zufolge werden die türkischen Siege von den Mohammedanern in ganz Indien gefeiert. Mohammedanische Mitglieder des indischen Staatsrats und der gesetzgebenden Versammlung haben ein Telegramm an Lloyd George und den Kaiserin geschickt, in dem sie dringend erliegen, die augenblickliche Gelegenheit zu benutzen, um eine Vereinigung zwischen dem britischen Reich und der mohammedanischen Welt anzuknüpfen zu bringen. Sie hielten es für wesentlich, daß Arabien mit Einschluß von Konstantinopel, Adrianopel und den Meerengen dem türkischen Reich zurückerrichtet werden.

Die Verhandlungen mit der Reparationskommission.

London. Der Pariser Berichterstatter der "Times" schreibt zu den Erörterungen zwischen den Staatssekretären Bergmann und Fisher und den Mitgliedern der Reparationskommission, man sei immer noch der Ansicht, daß ein Kompromiß erzielt werde und daß sich keine Notwendigkeit ergebe, Deutschland als vorläufig im Verzuge zu erklären und zur Anwendung von Sanktionen überzugehen. In dem Vorschlage, daß letzten Endes die gesamte Frage an den Völkerbund, der eine wirtschaftliche Abklärung bestimme, verwiesen werden könne, erklärt der Berichterstatter, es werde für nicht unwahrscheinlich gehalten, daß Lloyd George selbst den Vorschlag in Genf machen werde. Der Preisverfall Oesterreichs werde angeführt. Man sei der Meinung, daß der Völkerbund, indem er als unparteiische Körperschaft handle, einen großen internationalen Sieg durch die Übernahme dieser Aufgabe davontragen könne.

Volkswirtschaftliches.

Die Begriffsbestimmung des Wuchers.

Die Nachrichtenstelle der Sächsischen Staatskanzlei schreibt: Die Begriffsbestimmung des Wuchers ist heute innerhalb der Praxis, besonders in den Kreisen der Händler und Verbraucher, sehr umstritten. Beim sächsischen Wirtschaftsministerium sind deshalb auch in letzter Zeit häufig aus den verschiedensten Erwerbs- und Bevölkerungsklassen Anfragen eingegangen, was denn eigentlich im allgemeinen als Wucher zu bezeichnen sei. Ihre Ursache haben diese Anfragen in den ungeheuer unterschiedlichen Wucherpreisen der bereits auf Lager befindlichen Ware gegenüber solcher Ware, die neu erstanden werden muß. Das sächsische Wirtschaftsministerium hielt sich deshalb veranlaßt, der Öffentlichkeit erneut den Standpunkt bekanntzugeben, der zu dieser Frage in einer Denkschrift der sächsischen Regierung an das Reich eingegeben worden ist. In dem entsprechenden Abschnitt der Denkschrift wurde ausgeführt:

Die Auffassung, daß jede Preisforderung, welche die Wucherpreiskosten einer Ware ausübt, ein angemessenes Gewinnes überschreitet, Wucher darstellt, kann unter den heutigen komplizierten Wirtschaftsverhältnissen mit ihren ungleichmäßig raschen Veränderungen nicht mehr aufrechterhalten werden. Eine solche Begriffsbestimmung für den Wucher war nur solange haltbar, als sich die Valuta- und Preisverhältnisse in langgestreckten, ziemlich gleichmäßigen Kurven bewegten. Bei den heutigen Schwankungen bewegen sich jedoch dieselben Kurven sehr oft in sehr steilen aufsteigenden und auch wieder abfallenden Linien. Eine Kalkulation auf weitere Sicht mit einer gewissen Stetigkeit und Norm ist dabei kaum noch möglich. Es muß zugegeben werden, daß ein Kaufmann oder Industrieller, der unter allen Umständen heute seinen Preis nur nach den Wucherpreisen, zusätzlich eines angemessenen Gewinnes, festsetzt, sich total ausverkaufen kann, denn zuweilen kann dasselbe Quantum neuer Ware nicht mehr für den Preis neu erstanden werden, den der Verkauf derselben Menge alter Ware einschließt. Einem angemessenen Gewinnes erbracht hat. Man wird deshalb der Industrie und dem Handel einen Verkaufspreis zu billigen müssen, der in der Mitte zwischen den Wucherpreisen der alten und der neuen Ware liegt, unter Einfluß eines angemessenen Gewinnes. Die Festlegung eines solchen Durchschnittswertes der Wucherpreiskosten ist jedoch volkswirtschaftlich nur dann gerechtfertigt, erträglich und für die Masse der Konsumenten ungefährlich, wenn die beteiligten Industriellen und Händler auch tatsächlich nachweisen, daß eine Wiedererzeugung neuer Waren bedeutentlich höhere Kosten für sie in Frage kommt. Aus diesem Grunde dürfte eine solche Kalkulation der Durchschnittswucherpreiskosten nur denjenigen zugebilligt werden, die einen regelmäßigen fortlaufenden Handel oder

eine regelmäßige Wucherproduktion betreiben, weil nur von denen leicht der Nachweis der Käufung neuer Einkäufe gefordert und erwartet werden könnte. Diejenigen dagegen, die einen solchen Nachweis nicht zu erbringen vermögen, müßten von der Zulässigkeit einer solchen Durchschnittswucherpreiskalkulation ausgeschlossen sein. Das würde in der Praxis bedeuten, daß der heute nicht selten vorkommende Gelegenheitshandel, der mit demselben Betriebskapital in jeder Umschlagsperiode mit einer anderen Ware, und zwar aus nachten Spekulationsgründen, handelt, ganz automatisch bekämpft und auf ein Mindestmaß zurückgedrängt würde. Die reelle heutige Wucherproduktion und der bodenständige eigentliche berufliche Handel würden der Gefahr entzogen werden, schon dann des Wuchers bezichtigt zu werden, wenn sie lediglich einen Preis fordern, der bei der heutigen Unfertigkeit der Verhältnisse und des Marktes nötig ist, um Produktion und Handel vor gefährlichen Erschütterungen und vor einer unerträglichen Gefahr für Ruf und Ansehen zu schützen. Gleichzeitig würde dabei aber der Masse der Verbraucher eine Gewähr gegeben, daß von ihr nur ein solcher endgültiger Preis verlangt wird, der beim Fortbestehen der Volkswirtschaft unabwendbar und im letzten Grunde auch gerechtfertigt ist.

Das ist der sachliche Standpunkt des sächsischen Wirtschaftsministeriums zu dieser Frage, der auch, soweit es die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen zulassen, schon von der Landespreisprüfstelle in der Praxis beachtet wird.

Stiftbanknoten. Die Sächsische Bank zu Dresden in den nächsten Tagen zur Wahrung der Zahlungsmittelnot zur Ausgabe bringen. Billigere Schweinepreise in Mainz. Der Viehmarkt in Mainz brachte am ersten Mai seit Monaten rückläufige Schweinepreise. Der Lebendgewichter stellte sich um 400 Mark billiger.

Der Saatenstand in Deutschland Anfang September. Der Stand des Oasers im August hat sich dem Vormonat gegenüber nicht verändert. Dem Wachstum der Safrüchte hat der reichliche Regen im August sehr genützt. Die Kartoffeln sowohl als auch die Zuckerrüben und Stunkrüben stehen im ganzen Reich nach wie vor recht befriedigend, so daß mit einer ziemlich guten Ernte gerechnet werden kann.

Neue Säckpreise für Rohseife. Die Rohseifepreise für die zweite Dekade September erfahren infolge der Erhöhung der Fabrikationskosten wie der Anwendung der Valutaklausel folgende Veränderungen: Kämatit, cu-armes Stabseifen, Temporeiseifen eine Preisermäßigung um 62 M., Giehereiseifen 1 und 3 eine Preisermäßigung um 667 M., Giehereiseifen luxemburger Qualität eine Preisermäßigung um 649 M., Siegerländer Stahl eine Preisermäßigung um 1170 M., Spiegelseifen eine Erhöhung um 1300 M. Die neuen Höchstpreise stellen sich demnach wie folgt: Kämatit 29722 M., cu-armes Stabseifen 29054 M., Temporeiseifen 29328 M., 10 proz. 33621 M., Giehereiseifen 1 26242 M., Giehereiseifen 3 26172 M., Rohseifen luxemburger Qualität 24467 M., Siegerländer Stabseifen 28718 M., Spiegelseifen 8 bis 10 proz. 31433 M.

Vom Deutschen Kalifundikat wird mitgeteilt: Wir demotieren hiermit auf das nachdrücklichste die in der europäischen und amerikanischen Presse verbreitete Nachricht über eine Verständigung zwischen dem Deutschen Kalifundikat und den sächsischen Kalifundikanten auf dem Weltmarkt oder auf dem östlichen Markt, sowie über die Abfertigung einer Preisermäßigung für Kalifunde in den Vereinigten Staaten.

Letlands Außenhandel. Fast alle neuemittandenen Staaten Mittel- und Osteuropas sind entweder inbegriffen auf ihre Gesamtwirtschaft von Deutschland abhängig, oder doch wenigstens inbegriffen auf die Einfuhr oder die Ausfuhr. Die soeben von der lettischen statistischen Verwaltung veröffentlichten Außenhandelszahlen zeigen, daß Lettland in der Hauptsache von Deutschland her mit Waren versorgt werden muß. Der Wert der Gesamteinfuhr betrug 4685 Millionen Rubel. Davon stammen allein für 2253 Millionen Rubel Waren oder 48 Prozent aus Deutschland. In zweiter und dritter Stelle standen England mit 670 und Amerika mit 430 Millionen Rubel. Aus Deutschland wurden vor allem Baumwollgarn, Baumwollgewebe, landwirtschaftliche und industrielle Maschinen, Papier-, Glas- und Porzellanwaren sowie chemische und elektrische Erzeugnisse bezogen. Weizenmehl bezog Lettland aus Amerika, Zuder und Schmalz aus England. Unter den Exportprodukten Lettlands steht Deutschland allerdings erst an zweiter Stelle. Es bezieht von dort für 350 Millionen Rubel Waren, während England für 698 Millionen Rubel abnimmt. Die deutsch-lettische Handelsbilanz ist also für Deutschland überaus günstig, da wir mehr als sechsmal so viel Waren nach Lettland liefern, als wir von ihm beziehen. Lettland ist hauptsächlich Lieferant für Flach und Holz. Das kleine Belgien nimmt den Letten fast ebenso viel ab wie Deutschland. Von den sonstigen Exportprodukten ist für Lettland noch Sowjet-Rußland von Wichtigkeit, das für 184 Millionen Rubel lettische Erzeugnisse, und zwar hauptsächlich Feinseide, bezieht.

Getäuschte Hoffnungen.

Roman von Erwald Aug. König.

"Du sollst nicht so viel trinken." "Was trinke ich denn? Es ist nicht der Rede wert, und etwas muß der Mensch haben, wenn Leib und Seele zusammenhalten sollen! Es ist keine Kleinigkeit, die ganze Nacht am Krankenbett sitzen zu müssen und dünnes Geschwätz anzuhören, das einen verrückt machen könnte. Da hat man, weiß Gott, eine kleine Herzstörung nötig; der alte Doktor soll nur einmal selber sich hinlegen, ich glaube, die Augen würden ihm zufließen. Ich halt's nicht lange mehr aus, Susanne! Ich wollte nur, es könne einmal ein Kranke mit recht vielem Geld ins Spital, und das Geld bliebe mir in den Händen, dann hätte die Pladerlei bald ein Ende." "Wie ist's mit dem jungen Mann, der die Krone im Zauberloch hat?" fragte die Wirtin leise. "Ich weiß es nicht, der Doktor forscht noch immer, seine Reugier ist lächerlich. Ein alter Mann mit weißen Haaren und so neugierig, wie ein kleines Kind!" "Da wollest ja auch —" "Ja, wenn er wieder gesund ist! Es kann nicht lange mehr dauern, daß er aus dem Spital entlassen wird, dann kommt er sicher wieder, um zu fragen, ob er hier nichts verloren hat. Na, dann wollen wir sehen, was zu machen ist, ich glaube immer, daß wir an dem etwas verdienen können." "Wenn er uns nun nicht die Polizei auf den Hals hebt!" Die Wirtin guh den Rest aus der Pfanne in ihr Glas und lachte selber. "Möchte wissen, was die Polizei hier suchen wollte!" höhnte sie. "Das Medaillon." "Sie wird es nicht finden. Auch das Geld nicht; so schlau wie sie ist, bin ich auch." Der Blick der Wirtin ruhte stehend auf dem roten Gesicht der Schwester, die mit unsicherer Hand das Glas zum Munde führte. "Wird es mir," sagte sie, "ich kann's im Hause besser verbergen, und das wie mich man's auch nicht suchen."

"Dann hätte ich selber es zum letzten Male gesehen," ipotete die Wirtin. "Traust Du mir nicht?" "Nur mir selbst, sonst keinem Menschen!" "Ich hab' Dir noch nichts veruntreut." "Hätte auch schwer gehalten, Susanne, wo nichts ist, kann nichts geholt werden. Daß die Polizei nur kommen, ich will ihr eine Nase drehen —" "Das Medaillon liegt offen in Deiner Kommode." "So lange, bis ich Gefahr wittere, dann wird es spurlos verschwinden," lachte die Wirtin. "Nach' Die keine Sorgen und auch keine Hoffnungen, ich weiß, was ich tue. Bezahlt der Doktor nebenan noch immer?" "Pünktlich und bar," bestätigte die Wirtin. "Er hat vornehme Freunde und er tritt auf wie ein Baron. Wenn Du noch ein junges Mädchen wärest —" "Daß mich mit dem Unfug in Ruß!" erwiderte die Wirtin unwirsch, die mit schwankenden Schritten sich ihrer Kommode näherte und die Schubladen verschloß. "Und jetzt mach' Dich hinaus, ich will schlafen." Sie legte den Schlüssel unter das Kopfkissen ihres Bettes und begab sich auszulieken. Die Wirtin erhob sich, aus jedem Zuge ihres Gesichtes sprach mißsam verhaltener Kummer. "Ich werde Dich wecken," sagte sie. "Um sieben Uhr, nicht früher. Wenn jemand nach mir fragt, bin ich nicht zu Hause. Na, nun geh; Was starrst Du auf die Kommode? Ich sag' Dir noch einmal, es ist nichts da, was ich einmal habe, das halte ich fest." Die Wirtin mochte wohl einsehen, daß alle weiteren Bemühungen augenblicklich fruchtlos waren, sie verließ das Zimmer, hinter ihr wurde die Tür geduldsvoll verriegelt. Fast in demselben Augenblick entfuhr den Lippen der kochenden Frau ein leiser Schreieschrei, sie sah sich plötzlich in dem halb dunklen Korridor einem Herrn gegenüber, der vor ihr aus dem Boden aufgestiegen zu sein schien. "Geh' meines Lebens!" rief sie. "Sie sind Frau Schlau?" sagte Friedeberg. "Nein, ich bin Ihre Schwester."

"Die Wirtin?" "Jawohl, was wünschen Sie?" erwiderte die Frau, die ihre Hoffnung bereits wieder gefunden hatte. "Von Ihnen einstweilen nichts —" "Meine Schwester ist nicht zu Hause." "Der Kellerer unten sagte mir das Gegenteil." "So hat der Kellerer sich eben geirrt," sagte die Wirtin achselzuckend. "Geben Sie eine Bestellung für meine Schwester, so werde ich es ausrichten." "Vielleicht können Sie selbst mir Auskunft geben," erwiderte der Rechtsanwalt mit einem prüfenden Blick auf die Uhr, die kurz vorher so hörbar geschlossen worden war. "Sie erinnern sich noch des jungen Mannes, der vor mehreren Wochen aus diesem Hause ins Gefängnis gebracht wurde?" "Nun, natürlich! Wir haben Scherereien genug mit ihm gehabt, das vergißt man so leicht nicht." "Dieser Mann besah einige Wertgegenstände, die er jetzt vermisst, er hat sie nicht ins Hospital mitgebracht, die Vermutung liegt also nahe, daß sie hier zurückgelassen sind. Wissen Sie etwas davon?" "Nein," antwortete sie mit einer Unbefangenheit, welche die Wahrheit ihrer Erklärung nicht bezweifeln ließ. "Was soll es denn gewesen sein?" "Ein goldenes Medaillon und ein Portefeuille, das außer einigen Briefen eine englische Banknote enthielt." "Ein Medaillon und ein Portefeuille?" wiederholte sie stumm. "Nein, davon habe ich nichts gesehen! Ein paar Groschen besah der junge Mensch, wir haben davon die Kleinigkeit abgezogen, die er uns schuldig war, weiter nichts." "Der Kellerer sagte mir, Ihr Mann sei verreckt —" "Der Kellerer weiß gar nichts," unterbrach sie ihn rasch, "was wollen Sie von meinem Mann?" "Vielleicht hat er die Sachen an sich genommen?" "Nein, er würde es mir gesagt haben." "Nun, dann bleibt auf Ihre Schwester ein häßlicher Verdacht ruhen," sagte Friedeberg mit scharfer Betonung. "Es steht fest, daß jene Wertgegenstände dem Kranken hier abhandeln gelassen wurden."

Die abgelehnte Goldhinterlegung.

Belgien verlangt Hinterlegung von Gold für die anstelle der Zahlungen vom 15. August und 15. September auszufällenden Schatzwechsel. Das muß nach allem, was bisher über die Berliner Verhandlungen bekannt war, außerordentlich überraschen. So kritisch schien die Lage bei der Abreise der belgischen Delegierten nicht ausgeblüht zu sein, daß nun gleich die Aushilfe von der Reparationskommission vorgesehene Forderung aufgestellt wird. Demgegenüber kann es natürlich von der deutschen Regierung aus nur eine Ablehnung geben und, wie es scheint, wird die Regierung festbleiben. Die Entente hatte ja selbst auf Autonomie der Reichsbank gedrungen, nun, da sie geschnitten ist, hat die deutsche Regierung die Möglichkeit überhaupt nicht in Händen. Aber das Gold der Reichsbank zu verfügen, wenigstens juristisch nicht. An ein Golddepot ist also auch aus diesem Grunde nicht zu denken. Wenn die Regierung noch einen kleinen Devisenvorrat hat, so braucht sie diesen zunächst für die Bezahlung der 30 Millionen Goldmark Ausgleichszahlungen, die zum 15. September erfolgen müssen, der evtl. verbleibende Rest ist für Lebensmittelaufkäufe unbedingt erforderlich, ja, er reicht ohnehin nicht aus, entsprechend dem Grundsatz, „erst Brot, dann Reparationen“, dem deutschen Volke das tägliche Brot zu sichern. Sollen aber etwa Papiermark aufgewendet werden, um Devisen zu kaufen, so würde das einen panikartigen Marktzusammenbruch herbeiführen, den keine Regierung verantworten kann.

Was könnte der ganze Beschluß der Reparationskommission für einen Zweck haben, wenn die Devisen hinterlegt werden müssen, die anerkanntermaßen Deutschland nicht aufbringen kann? Der Sinn der letzten Entscheidung war die Stundung der sofortigen Zahlung der Robus dieser Maßnahme war Kritik. Belgien's Vorschlag fand deshalb die allgemeine Billigung. Soll es nun nur ein Mandat gewesen sein, doch den französischen Staatspräsidenten durchzubringen, den England und Italien durch ihr Votum mißbilligt haben? Die Reparationskommission wird sich erst am 15. September mit dem Ergebnis der deutsch-belgischen Verhandlungen befassen. Es ist merkwürdig genug, daß die belgische Regierung diesen Termin nicht abgewartet hat, sondern anscheinend auf französisches Drängen sofort das Golddepot von 100 Millionen Goldmark verlangt, denn die Reparationskommission wäre schließlich das Tribunal, das sich mit den durch die Berliner Verhandlungen geschaffenen Tatsachen zu befassen hätte. Die Meinung Poincaré's wird es sein, aus Deutschlands Verweigerung des Unmöglichkeit eine deutsche Besetzung zu konstruieren. Belgien wird in diesem Falle auf seiner Seite sein. Der alte Streitpunkt besteht also wieder, England und Italien gegen Frankreich und Belgien. Keine auch nur vorläufige Atempause für Deutschland, eine neue Krise, mag herauskommen was will, von schädlichsten für Deutschlands Zahlungsfähigkeit vernichtenden Folgen. Soll das der Sinn der sechsmonatigen Verlangung der Zahlungen sein?

Die belgische Note.

Die belgische Regierung hat dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel Mittwoch nachmittag eine von dem belgischen Minister des Auswärtigen Rappart geleitete Note folgenden Inhalts übermittelt:

Nach den Bestimmungen der Entscheidung der Reparationskommission vom 31. August sollte die deutsche Regierung zur Abdeckung der Fälligkeiten vom 15. August und 15. September 1922 der belgischen Regierung deutsche Schatzwechsel ausstellen, welche durch Zwangsden den beiden Regierungen zu vereinbarenden Garantien sichergestellt werden sollten. Mangel einer Einigung sollten die Bonds durch ein Golddepot sichergestellt werden, das in einer der belgischen Regierungen gemachten Bank zu stellen war. Die Besprechungen, die in Berlin zwischen Vertretern der deutschen Regierung und Delegierten der belgischen Regierung über die von der deutschen Regierung bereitgestellten Garantien erfolgt sind, haben zu keinem Ergebnis geführt. Die belgische Regierung bittet die deutsche Regierung daher, für unverzüglich zwei deutsche Schatzwechsel, zahlbar in Gold, in einem Betrage von je 50 Millionen Goldmark für die Fälligkeiten vom 15. August und 15. September zuzulassen und in der belgischen Nationalbank 100 Millionen Goldmark als Sicherheit für diese beiden Bonds niederzulegen.

Ueber die Haltung der Reichsregierung zur Frage der belgischen Forderung nach Hinterlegung der Golddeckung für die beiden nächstfälligen Raten der Schatzwechsel an eine Belgien genehme Bank schreiben die gestrigen Berliner Abendblätter, daß das Verlangen der belgischen Regierung mit der Begründung abgelehnt wird, daß die deutsche Regierung über den Goldbestand der autonomen Reichsbank nicht verfügen könne. Mehrere Blätter glauben, daß die Tür zu weiteren Verhandlungen noch nicht geschlossen sei. So hält es der „Vorwärts“ für denkbar, daß das belgische Anstehen, wenn es als Dokument formuliert (was, wie oben mitgeteilt, nunmehr geschehen ist) und in anderer Beziehung ergänzt wird, für Deutschland nicht ganz indiskutabel sei. Das Blatt hält es auch für gut, vorerst einmal das Ergebnis der Note der beiden deutschen Staatssekretäre nach Paris abzuwarten.

Die „Bosfische Zeitung“ schreibt: Der Inhalt der belgischen Note weicht insofern von dem bisher über den Inhalt verbreiteten ab, als sie kein Ultimatum darstellt und keine Frist für die Ablieferung des Goldes aufstellt. Sie ist in höflichem Tone gehalten, würde aber der Sache nach keine weiteren Verhandlungen ermöglichen, wenn sie nicht von falscher Voraussetzung ausginge, die richtig zu stellen die deutsche Regierung nicht umhin können wird. Die Note spricht davon, daß die Verhandlungen zwischen den deutschen und belgischen Unterhändlern zu keinem Ergebnis geführt hätten und daß deshalb die für diesen Fall vorgesehene Entscheidung der Reparationskommission über die Sicherstellung der Schatzwechsel für die August- und Septemberraten Maß greifen müßte. Diese Behauptung entspricht aber nicht den Tatsachen. Nur die Frage der Prolongation hat Schwierigkeiten bereitet und die belgische Regierung hatte durch ihre Vertreter, deren Abreise ja auch gerade dadurch motiviert wurde, mitteilen lassen, daß der Beschluß der Reparationskommission eine Prolongation nicht vorsehe und daß deshalb die Reparationskommission noch einmal befragt werden müsse. Das kann man nicht gerade eine resultierende Verhandlung nennen, denn auch über die Frage der Prolongation hätte sich vielleicht auf einer Mittelstufe eine Einigung erzielen lassen.

Der Präsident der Kriegslastenkommission Fischer und der Staatssekretär a. D. Bergmann setzten gestern vor der Reparationskommission die Gründe auseinander, die zum Abbruch der deutsch-belgischen Verhandlungen geführt haben. Sie wiesen die für Deutschland bestehende Notwendigkeit nach, für die Schatzwechsel eine über sechs Monate hinausgehende Laufzeit zu bekommen. Die deutschen Vertreter hätten verschiedene Vorschläge u. a. mit Brabant, Delacroix, Vemelans, Raggi und als Vertreter von Dubois mit Manclere.

Dem „Tageblatt“ zufolge wird die Reichsregierung voraussichtlich heute in einer Kabinettsitzung zusammenzutreten, um zu der belgischen Note Stellung zu nehmen.

Frankreichs Haltung in der Orientfrage.

Frankreich stimmt mit England in der Meerengenfrage überein.

Neuter erfährt von maßgebender französischer Seite, daß der Zweck des Besuches des französischen Geschäftsträgers de Montille im britischen Auswärtigen Amt nicht der war, eine formelle Note zu überreichen, die zweifellos dem britischen Botschafter in Paris Lord Hardinge übergeben werden wird, sondern in einer mündlichen Mitteilung die französische Haltung gegenüber der türkischen Lage genauer zu umschreiben und gewisse Punkte klar zu stellen, die zu Presseerörterungen geführt haben. Die britische Regierung wurde informiert, daß Frankreich in der Frage der Meerengen mit ihr übereinstimme. Jetzt, wo dieser Grundriß geregelt worden ist, muß eine Erörterung stattfinden bezüglich der Einzelheiten, damit die Alliierten eine einzige Front bilden können, wenn sie an die Türkei herantreten. Nach französischer Ansicht ist der einzige Weg, um eine Regelung mit den Türken zu erzielen, ihre „rechtmäßige Admiration“ anzuerkennen. Damit ist gemeint, daß man nicht erwarten könne, Frieden mit der Türkei zu schließen auf genau derselben Grundlage, als wenn dieses Land von den Griechen besetzt worden wäre und nicht selbst gesiegt hätte. Die Tatsache der türkischen Erfolge in Mesopotamien genossen werden. — Genau Angaben über die französische Antwort an England, die dem britischen Botschafter in Paris übergeben werden wird, liegen noch nicht vor. Es kann aber als sicher angenommen werden, daß sie in ihren Hauptpunkten der mündlich abgegebenen Erklärung entsprechen wird.

In unterrichteten nationalistischen Kreisen Konstantinopel ist man der Ansicht, daß der Vertrag von Sevres nicht als Grundplan der Konferenz über eine allgemeine Regelung der Orientfrage zwischen Europa und der Türkei dienen könne, da dieses den Vertrag nicht angenommen habe und ihn auch nicht anerkenne. Der Vertrag von Sevres müsse vollständig aus dem Programm der Konferenz ausgeschlossen werden.

Nach einer Meldung des „Antrepreneur“ aus Konstantinopel verließen die Griechen in Kleinasien noch über ungefähr 40000 Mann, die mehr oder minder desorganisiert seien und keine Artillerie und Munition haben. Wie dem

„Temps“ aus Athen gemeldet wird, dauert die Räumung Kleinasien durch die Griechen fort. Bis jetzt sind 20000 Mann und 6000 Verwundete in die Heimat zurückgeführt. In amtlichen Kreisen Athens stellt man in Abrede, daß es bei der Armee in Thrasien zu Meutereien gekommen sei und daß sich in der Marine Unruhen zeigten.

Die aus Smirna gemeldet wird, hat der Teil der griechischen Armee, der auf der Halbinsel Thrasie nach Widerstand zu leisten verweigerte, sich der türkischen Armee ergeben. Das Gros der türkischen Armee ist mit Mustafa Kemal Pascha an der Spitze in Smirna eingedrungen. Eine amtliche Bekanntmachung teilt mit, daß die türkische Regierung am dritten September wieder in Elki Schehir eingesetzt worden ist.

Die Neuter aus Konstantinopel meldet, haben die Griechen vor der Räumung Bruffas die Stadt an verschiedenen Stellen in Brand gesteckt. Die Feuerbrunst wurde auf ein Stadtviertel begrenzt, das eingediebt wurde. Nach einer Meldung des „Temps“ aus Athen hat die griechische Regierung das dritte Armeekorps, das den Türken in dem Abschnitt von Bruffa Stand gehalten hatte und das ungefähr 5-6000 Mann zählte, zur Verstärkung der in Thrasien stehenden griechischen Armee nach Rodos geschickt. Das augenblicklich im Voraus stehende 5. Armeekorps wird nicht demobilisiert werden, um für eintretende Möglichkeiten zur Verfügung zu stehen.

Nach dem „Antrepreneur“ ist die Reise Venizelos nach Paris eine rein private. Bisher zeigen sich keine Anzeichen dafür, daß er eine Unterredung mit Poincaré haben werde. Venizelos bleibe weiter entschlossen, nicht wieder in das politische Leben zurückzukehren. Seine vertrauten Freunde versichern aber, wenn das griechische Volk den Wunsch kundgeben sollte, die Diktatur Venizelos zu erhalten, es dann ziemlich sicher sei, daß er sich diesem Ruf nicht entziehen werde.

Londoner Blättermeldungen zufolge soll in Athen von zuverlässiger Seite mitgeteilt worden sein, daß die Regierungen Jugoslawiens und Rumaniens der Ansicht Ausdruck verliehen hätten, Griechenland im Falle eines Balkankrieges zur Seite zu stehen. Serbien mobilisierte und konzentrierte Truppen in der Gegend von Ueskub.

Die neue Note für Ausgleichszahlungen übergeleitet.

Von dem am Freitag fälligen Betrage von 40 Millionen Goldmark für Ausgleichszahlungen hat die deutsche Regierung bereits ein Viertel gezahlt. Die morgigen fälligen 30 Millionen werden, wie die „B. S. A. M.“ erfährt, infolge tagelangen getroffener anderer Maßnahmen rechtzeitig aufgebracht werden. Die B. S. A. M. erfährt, hat die deutsche Regierung der britischen und der französischen Regierung mitteilen lassen, daß am 18. September eine weitere Zahlung von 500000 Pfund Sterling auf die Clearingrate vom 15. August erfolgen werde. Die Vereinfachung dieses Vertrags ist durch das Entgegenkommen der Reichsbank ermöglicht und geschah mit Rücksicht auf das von der deutschen Regierung den Alliierten früher gemachte Angebot, einen derartigen Betrag für das Clearing monatlich verfügbar zu machen. Der verbleibende Nettobetrag der Clearingrate vom 15. August wird den Alliierten übermittelt werden, sobald es die Verhältnisse zulassen.

Derriot in Berlin.

Der frühere französische Minister, jetziger Bürgermeister von Lyon, Derriot, traf am Mittwoch nachmittag auf der Durchreise nach Russland in Berlin ein und wurde auf dem Bahnhof von den in Berlin weilenden Mitgliedern der russischen Regierung empfangen. Wie verlautet, wird Derriot am Donnerstag vormittag dem Reichskanzler Dr. Wirth einen Besuch abstatten.

Französischer Ministerrat.

Nach einer „Temps“-Meldung ist Poincaré, der sich einige Tage zur Erholung in Sampigny aufgehalten hatte, gestern nach Paris zurückgekehrt. Er verließ sich heute nach Rambouillet, wo, wie bereits angekündigt, unter dem Vorherrschen von Millerand der Ministerrat zusammentritt. Nach der „Liberte“ wird sich der Ministerrat außer mit der Orient- und der Reparationsfrage auch mit der Aufhebung des Oberkommissariats in Elah-Lothringen beschäftigen. Außerdem werden dem Präsidenten die Dekrete über die Veränderung des Stichtages bei der Eisenbahn und in der Handelsmarine vorgelegt werden.

Stinnes reist nach Frankreich.

Die „Bosf.“ gibt eine Meldung der Londoner „Morningpost“ wieder, nach der sich in etwa zehn Tagen die deutschen Industriellen Stinnes, Sorge, Altkner, Duisberg, Siemens, Deutsch und Kramer nach Frankreich begeben werden, um dort als Gäste der französischen Industriellen die zerstörten Gebiete zu besichtigen.

Lloyd Georges Reise nach Genf.

Die Londoner Nachrichten, wonach Lloyd George in der nächsten Woche, voraussichtlich am 21. d. M. in Genf eintreffen soll, um an den Beratungen der Völkerbundsversammlung teilzunehmen, wird in den Kreisen der in Genf weilenden Delegationen als im allgemeinen zutreffend bezeichnet. Tatsächlich hat auch in diesen Tagen über diese Frage ein Devisenwechsel zwischen der britischen Delegation und London stattgefunden. Im Falle der Beteiligung Lloyd Georges an der Versammlung würde auch der italienische Minister des Auswärtigen Schanzer nach Genf kommen. Bezüglich etwaiger Pläne des Ministerpräsidenten Poincaré, ebenfalls an der Versammlung teilzunehmen oder Visiani nach Genf zu entsenden, ist eine Bestätigung vorläufig nicht zu erlangen, da die Genfer französischen Kreise, in denen man nunmehr mit dem Eintreffen Lloyd Georges rechnet, sich sehr zurückhaltend äußern. Allgemein beschäftigt man sich auch mit der Frage, ob sich an Lloyd Georges Ausbleiben in Genf eine Tagung des Obersten Rates anschließen wird.

Ueber die Pläne Lloyd Georges in Genf werden die verschiedensten Hypothesen laut. Während man auf der einen Seite an seinen Wunsch glaubt, das Vorkriegs des Völkerbundes zu erhöhen, vermutet man andererseits, daß er in Genf eine Fortsetzung der Debatte der Genauer Konferenz beabsichtigt. Als sehr wahrscheinlich gilt es in vielen Kreisen, daß Lloyd George das Terrain in den orientalischen Angelegenheiten sondieren will.

Die über französische Angelegenheiten meist sehr gut unterrichteten Genfer Blätter zeigen sich nicht sehr begeistert von dem Besuch Lloyd Georges. Dem „Journal de Geneve“ wird u. a. aus Paris telephoniert: Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn man in Völkerbundtagen die Methoden einführen würde, die die Sitzungen des Obersten Rates ruiniert, und die an einem allgemeinen Durcheinander beigetragen haben. Wenn die Völkerbundsberatungen den Boden

für politische Manöver abgeben sollten, so wäre das sehr bedauerlich. Im übrigen meldet der Pariser Berichterstatter des Blattes noch, daß man in Paris allgemein daran erinnert, daß Lloyd George durch den Schiedsspruch des Völkerbundes in der obersteilischen Frage hart verurteilt gewesen sei. Seine Reise könne von durchaus verlässlichen politischen Absichten diktiert sein, aber es wäre nicht überzähend, wenn er sowohl in der Reparationsfrage als auch in der Abrüstungsfrage einen großen Coup beabsichtige, der irgend einen ihm unympathischen Staatsmann zum Ausschleiden bringen solle.

In der „Gazette de Lausanne“ teilt Maurice Ruret, der sich in den Kreisen der Völkerbundsversammlung informierte, u. a. mit, daß Lord Robert Cecil seine Umgebung vorgehen gemäßigteren offiziell vom dem Besuch Lloyd Georges unterrichtet habe. Ruret schreibt dann weiter: „Der Völkerbund ist kein Sprungbrett für Staatsmänner, die sich zu kräftig in die offizielle Politik gemischt haben, sondern ein templum ferreum.“ Die französischen Blätter, so fährt Ruret fort, verdächtigen den englischen Ministerpräsidenten, daß er in Genf eine Revanche für die Mißerfolge in Cannes, Genua und im Haag suche; er würde deshalb hierher kommen, um auf dem Weltkongress seine erbitterten Kämpfe gegen Poincaré fortzusetzen. Das wäre nicht loyal, und es fällt schwer, zu glauben, daß Lloyd George solche Pläne hegt. Er würde übrigens in Genf Leute finden, die ihm gewachsen sind. Ein antifranciaisches Manöver auf dem Genfer Boden würde eine schlechte Werbung nehmen. Wenn ich mich nicht täusche, so würde die Tribune der Völkerbundsversammlung, soweit eine Auseinandersetzung zwischen den Siegern an diesem ungeliebten Orte stattfindet, sie schlecht aufnehmen.

Die Rede des Franzosen Genotoux.

Das „Journal de Geneve“ schreibt in seiner Wochenübersicht über die Völkerbundsversammlung: Die Rede des französischen Delegierten Genotoux war die einzige, die einen ausgesprochen politischen Charakter hatte. In verächtlichen, aber energischen Worten legte Genotoux die zwingenden Gründe dar, die zur Zeit die Aufnahme Deutschlands unumöglich machen, und betonte das enge Zusammenarbeiten zwischen England und Frankreich im Rahmen des Völkerbundes.

Die Beratungen im Ausschuss für Abrüstung.

In der gestrigen Sitzung des 3. Ausschusses der Völkerbundsversammlung forderte in der Debatte über den vorgeschlagenen Garantiepakt der Jowenel-Frankreich, daß der Pakt nicht gegen die Friedensverträge verstoßen dürfe, was eine Präambel zum Pakt ausdrücklich feststellen soll. In der Debatte fanden dann im wesentlichen die von Lord Robert Cecil und de Jowenel vertretenen Auffassungen über die weiteren Folgen der Entscheidung über den Pakt einander gegenüber. Lord Cecil verlangte, daß der Text dem gemischten Abrüstungsausschuss zugehen soll. De Jowenel erklärte, daß die Kommission nicht zuständig sei, sondern vorher die Regierungen zu dem Text Stellung nehmen müssen, um die Bedingungen mitzuteilen, unter denen sie einen solchen Pakt unterzeichnen können. Schließlich kam es zu einem Kompromiß, wonach der Text den Regierungen zugehört werden, aber andererseits auch die gemischte Abrüstungskommission in eine Beratung eintreten soll.

Die Behandlung der Ausländer.

In der Frage der Behandlung der Ausländer beschäftigt der preussische Minister des Innern, wie der „Amst. Preuss. Pressebericht“ mitteilt, nicht strengere Vorschriften einzuführen, als in Preußen bereits in Geltung sind. Ebenso wenig ist die Einführung besonderer Fremdensteuern geplant. Der dem preussischen Landtage vorliegende Entwurf für Besteuerung des Herbergenertrages durch die Gemeinden, wonach bei Vermietung von Zimmern und Wohnungen zu vorübergehendem Aufenthalt an Personen, die am 1. Januar 1922 ihren Wohnsitz nicht im Deutschen Reich hatten, die vom Vermieter zu entrichtende Steuer ein Mehrfaches des regelmäßigen Steuerbetrages betragen soll, wird bis auf weiteres nicht zur Verabschiedung gelangen. Es wird beabsichtigt, nunmehr von Ausländern die für die Einreise und den Aufenthalt im Inlande erforderliche polizeiliche Verschönerung Gebühren zu erheben. Auch die in letzter Zeit verschärfte Ausländerkontrolle im Landespolizeibereich Berlin beruht nicht auf neu herausgegebenen Vorschriften über die Behandlung der Ausländer. Sie hat sich vielmehr lediglich deshalb als notwendig erwiesen, weil im Laufe des Jahres der Zufluss von Ausländern immer mehr angewachsen ist und sich damit natürlich auch die Zahl der ins Inland gekommenen unliebsamen Ausländer erheblich ver-

mehrt hat. Der Minister hat Anweisung gegeben, die un-
erlässliche Kontrolle möglichst schonend und rücksichtslos
durchzuführen.

Unruhen in Neuheide.

Die Polnische Telegraphen-Agentur meldet aus Neu-
heide: Dienstag nachmittag kam es hier zu Unruhen,
wobei die Menge den Direktor der hiesigen Mühle überfiel
und ihm erhebliche Körperverletzungen beibrachte. Die Auf-
forderung der hiesigen und der aus Schwientowitz ein-
getrossenen Polizei, sich zu zerstreuen, beantwortete die
Menge mit einem Überfall auf die Polizeimannschaften.
Einige Polizisten wurden mißhandelt. Das zur Ver-
sicherung angekommene Militär mußte von der Schusswaffe
Gebrauch machen und stellte die Ordnung wieder her. Zwei
Personen sind tot, zwei weitere erlitten ihren Verletzungen,
zwei sind schwerverletzt. Auf Seiten der Polizei sind zwei
Beamte schwer und sechs leicht verletzt.

Die Abstimmung im Memelgebiet.

Der deutsch-litauische Memellandbund hat unter Ver-
erbung auf die Abstimmungen in Schleswig, Ost- und West-
preußen, sowie in Oberösterreich bei der Vorkonferenz
in Paris beantragt, bei der zu erwartenden Abstimmung
im Memelgebiet auch die außerhalb des Memellandes wohn-
enden geborenen Memelländer als mitabstimmungsbereti-
chtigt anzuerkennen und vor jeder Entscheidung über das
Memelgebiet auch Vertreter des Memellandbundes zum
Vortrag der Wünsche seiner Mitglieder bei der Vorkonferenz
in Paris zuzulassen.

Die Kreisratswahlen in Thüringen.

Nach einer Meldung des „V. T.“ aus Weimar, liegen
über die Kreisratswahlen in Thüringen aus 13 Land-
kreisen die Ergebnisse vor. Von diesen haben drei eine so-
zialistische und zehn eine bürgerliche Mehrheit aufzuweisen.
Die sozialistischen Stimmen haben einen gewissen Rückgang
erfahren, und zwar zu einem kleinen Teile zu Gunsten der
Kommunisten, zum größeren Teil zu Gunsten des Land-
bundes und der Mittelstandsliste. Aber auch der Land-
bund erbielt auf Kosten der politischen Rechtsparteien
Zuwachs.

Der gemeinsame Parteitag der Sozialisten.

„Vorwärts“ und „Freiheit“ veröffentlichten die Ein-
berufung eines gemeinsamen Parteitages zum 24. Sep-
tember, die von der Zentralleitung der Unabhängigen und
dem Parteivorstand der Sozialdemokraten unterzeichnet ist.
Die Einberufung erfolgt vorbehaltlich der Zustimmung der
Parteitage von Augsburg und Gera.

Der Kampf um den Achtstundentag in Frankreich.

Wie die „Liberté“ aus Le Havre meldet, haben die
Seelente von Le Havre am Montagabend eine Ent-
scheidung angenommen, in der sie sich gegen die Abänderung
des Achtstundentages in der Handelsmarine wenden
und erklären, daß sie zu dem von den Seelenten angekündigten
28stündigen Streik bereit seien. Infolge dieses Beschlusses
haben gestern vormittag die Leute des Dampfers „La France“
beschlossen, schon gestern in den 28stündigen Streik einzutreten.
Daher kann die Abfahrt des Ueberseesdampfers
„La France“, der heute vormittag mit ungefähr 1350
Passagieren nach Amerika abgehen sollte, nicht stattfinden.
Nach einer Havre-Meldung aus Angers hat der Gruben-
arbeiterkongress eine Entscheidung angenommen, in der
erklärt wird, daß, wenn die eine oder die andere Kammer
einen Beschluß fassen sollte, der den Zweck hätte, das Gesetz
über den Achtstundentag in seinen Grundprinzipien abzu-
ändern, die Grubenarbeiter einen solchen Beschluß mit der
sofortigen Einstellung ihrer Arbeit in den Gruben beant-
worten würden.

Stegerwalds Wiederaufbaugedanken.

Gelegentlich einer großen Tagung des Mittelrhein-
kreises des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Andernach
sprach Ministerpräsident a. D. Stegerwald über die Auf-
gaben der Arbeiterbewegung in Staat und Wirtschaft. Seine Aus-
führungen bewegten sich nach der Rheinisch-Westfälischen
Zeitung im allgemeinen in dem Gedankenkreis seiner
bekannten Götterrede. Das Zustandekommen des Abkom-
mens zwischen Stinnes und Luberac erklärte er aus dem
Bestreben der französischen Industrie, eine engere Ver-
zahnung der französischen Bergwerksindustrie mit der deut-
schen verarbeitenden und Kohlenindustrie herbeizuführen.
In der inneren deutschen Wirtschaft müßte mit aller Energie
dabhi getrieben werden, das bisherige Verhältnis zwischen
Verbrauchern und Erzeugern zugunsten der Ersteren abzu-
ändern. Es gehe ferner nicht an, für Alkohol Milliarden
auszugeben, während reichere Länder, wie Amerika und
Schweden, den Kampf gegen den Alkohol führten. Die Ein-
fuhr von allen entbehrlichen Genussmitteln müsse vollständig
verboten werden. In der Frage der Staatsform betonte
Stegerwald die religiösen Momente, die für den ewigen
göttlichen Volksteil mit der Monarchie verbunden gewesen
seien. Unter scharfer Stellungnahme gegen die wirtschafts-
politische Einseitigkeit der Sozialdemokratie bezeichnete
Stegerwald als Aufgabe der christlichen Arbeiterbewegung
die Durchdringung des ganzen öffentlichen Lebens mit den
christlichen und nationalen Grundsätzen. Die Auffassung der
Arbeiterbewegung dürfe nicht grundsätzlich antikapitalistisch
sein, sondern müsse von dem Streben geleitet sein, im Laufe
der Zeit selbst eine starke Kapitalmacht zu erwerben. Als
geeignetes Mittel empfahl er wieder Einrichtungen nach
Art der Volksbank, deren Götter-Bilale im letzten Jahre
einen Umsatz von drei Milliarden Mark zu verzeichnen
hätte.

Eine zweite Rede Stegerwalds.

Staatsminister a. D. Stegerwald hielt am Dienstag in
einer Zentrums-Versammlung in Berlin eine große Rede,
in der er hochbedeutende Ausführungen machte über die
politischen Notwendigkeiten der deutschen Zukunft. Zur
Lösung der neuen staatspolitischen Fundamentfragen der
deutschen Gegenwart hält er eine große Einigung des deut-
schen Volkes, speziell die Schaffung einer großen parlamen-
tarischen Koalition für notwendig. Notwendig sei in Deutsch-
land eine Parlamentsmehrheit und eine Koalition, die dafür
Gewähr bietet, daß beim Wiederaufbau sowohl die
staatspolitischen, wie auch die sozialen Belange gebührend
wahr genommen werden. Solange das deutsche Volk zur
Ueberwindung seines Elends noch nicht zu einer politischen
Einheitsfront sich aufgerafft hat, hält Stegerwald das In-
standkommen einer gemeinsamen politischen Partei für
unumgänglich nötig. Aus diesem Gedanken heraus hat er
sich für eine Gemeinshaft zwischen Zentrum, Deutscher
und Bayerischer Volkspartei und Deutsch-Demokraten ausgesprochen.
Stegerwald stellte zum Schluß seiner Ausführungen fol-
gende Richtlinien auf, nach denen seiner Ansicht nach eine
starke Arbeiterbewegung im ganzen Deutschen Reich er-
folgreich wirken kann: 1. Die Republik ist die Staatsform,
von der beim deutschen Wiederaufbau auszugehen ist. Alle
gegen sie gerichteten Bestrebungen sind auf das nachdrück-
lichste zu bekämpfen. 2. Es ist eine aktive Außenpolitik zu
betreiben, die zum Ziele hat a) Gewährung eines lang-

fristigen Moratoriums, b) Revision des Versailler Ver-
trages, 3. Der Wiederaufbau Deutschlands ist nur möglich
durch soziale Politik. 4. Die deutsche Wirtschaft ist den Not-
wendigkeiten der Stunde entsprechend umzugestalten. Die
organisierte Wirtschaft ist zu der Verantwortung an den
staatlichen und wirtschaftlichen Behörden heranzuziehen.
5. Die deutsche Innenpolitik verfolgt insgesamt das Ziel,
das deutsche Volk in allen Schichten und Wirtschaftszweigen
zu einer gegenseitigen Opfergemeinschaft zu erziehen.

Eine Rede Fehrenbachs.

Auf dem Parteitag des badischen Zentrums hielt der
frühere Reichskanzler Fehrenbach eine Rede, in der er ein
rückhaltloses Bekenntnis zur Republik ablegte und das Ge-
setz zum Schutz der Republik verteidigte. In diesem Zu-
sammenhang wandte er sich gegen die Politik Bayerns,
weber die Arbeiterbewegung der Demokraten und der
Deutschen Volkspartei sprach er sich grundsätzlich zustimmend
aus. Er sehe in dieser Verbindung keine Frontstellung gegen
die Sozialdemokratie.

Stresemann über die Not der deutschen Wirtschaft.

Der deutschvolksparteiliche Abg. Dr. Stresemann sprach
Dienstag in einer außerordentlichen Mitglieder-Versammlung
des Verbandes Rheinischer Industrieller über die Not der
deutschen Wirtschaft. Er führte u. a. aus: Die Not der
deutschen Wirtschaft interessiert nicht nur die deutsche Öffent-
lichkeit, sondern sie ist ein Weltproblem geworden. Der
ganze Vorkriegsstand für die deutsche Wirtschaft ist der Ver-
fallener Vertrag. Das erste Erfordernis, um die Wirtschaft
not zu beheben, besteht darin, die zufälligen deutschen
Währungsverhältnisse in Ordnung zu bringen, das heißt,
ein weltwirtschaftliches Erfordernis allen politischen Be-
strebungen voranzusetzen. Die Gründe für das Nachlassen
der deutschen Arbeitsintensität sind vor allem in der Gleich-
setzung der jugendlichen Arbeiter mit den älteren Arbeitern
zu suchen. Auch der gewalttätigen Steigerung des Schnaps-
verbrauchs ist ein gut Teil Schuld an dem Sinken der
Produktionsfähigkeit beizumessen. Die private Spekulation
mit Weizen bedeutet die Verumpfung eines Volkes, gegen
die mit allen Mitteln angekämpft werden muß. Bedauer-
lich ist nur, daß unsere Regierung noch nicht Mittel und
Wege gefunden hat, um hier wirksam einzugreifen. Absolut
falsch ist es, wenn unsere Industrie in ausländischer Wäh-
rung fakturiert. Denn wenn Deutschland selbst die deutsche
Mark verachtet, wie kann man dann verlangen, daß das
Ausland ihr auch nur einen kleinen Teil Achtung entgegen-
bringt? Das wichtigste für den Wiederaufbau ist zunächst
die Erhaltung des Reiches und seines Kerngebietes, Preußens.
Ob wir die Revolution überwinden haben oder ob wir
nicht einmal vor einer andern, vielleicht schmerzlicheren
als der Revolution des Jahres 1918 stehen werden, ist noch
nicht entschieden. Hier entgegenzuwirken ist unsere Aufgabe.
Dies können weniger die Politiker, als die Führer der
Wirtschaft tun. Geht uns das Rheinland verloren, so ist
die deutsche Wirtschaft vernichtet. Hier im Rheinland ent-
scheidet sich das deutsche Schicksal. Es darf in Deutschland
keine rheinische Frage geben, sondern nur ein Rheinland im
deutschen Reich. Die Führer der Industrie im Rheinland
müssen unter Ueberwindung aller parteipolitischen Eng-
begrenztheit führend sein in dem Bestreben, das Rheinland
deutsch zu erhalten und in dem Bestreben der Wieder-
gesundung unseres deutschen Vaterlandes.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Krankenversicherungsausgabe 200 000 Mark. Der
Reichsausschuss für soziale Angelegenheiten befahte sich
am Dienstag mit dem Einpruch des Reichsrates gegen die
vorgeschlagene Erhöhung der Versicherungsansätze in der
Krankenversicherung auf 200 000 M. Nach kurzer Erörterung
stimte die Mehrheit des Ausschusses gegen die beiden
sozialistischen Fraktionen dem Reichsratsbeschlusse zu, diese
Grenze bei 200 000 M. aufzurichten. Man erfuhr weiter,
daß ein Gesetzentwurf in Vorbereitung sei, die Zuständigkeits-
grenzen der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte zu ändern.
Die Regierungsverordnung über Erhöhung der Zulagen in der
Unfallversicherung wurde mit der Maßgabe genehmigt,
daß auch für die leichter Verletzten eine Verdoppelung der
Zulagen eintreten solle. Im übrigen ging der Ausschuss
über die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der
Rücklagen der Sozialversicherung, insbesondere für
Wöchnerinnen, soweit hinaus, daß der Haushaltsausschuss
des Reichstages die entsprechende Beschlüsse erforder-
lichen Zusätze des Reiches nicht voll genehmigte; er setzte
die Zuschüsse für Rente der Wochenhilfe und Wochen-
fürsorge von 600 Millionen nur auf 1500 Millionen Mark.
Zur Ausführung der vollen Beschlüsse wären 1800 Millionen
nötig gewesen. Nach diesen Beschlüssen beträgt die einmalig
zu gewährenden Beihilfe zu den Kosten der Entbindung
nunmehr 500 M.; an Wochenlohn wird 15 M. den Tag
für 71 Tage gewährt und außerdem an Stillgeld 25 M.
für den Tag auf die Dauer von 85 Tagen. Diesen Be-
schlüssen trat der sofort nochmals zusammenberufene
Reichstagsausschuss für soziale Angelegenheiten bei.

Freilassung des Affens Dr. Prange. Der vor
einigen Tagen von der französischen Geheimpolizei festge-
nommene Regierungsdirektor Dr. Prange (Wiesbaden),
Referent für Verlegung Angelegenheiten bei der preussischen
Regierung in Wiesbaden, ist am Dienstag nachmittag auf
Antrag seines Verteidigers gegen Leistung einer Kaution
von 100 000 Mark auf freien Fuß gesetzt worden.

**Abkommen zwischen Deutschland und der Tscheko-
slowakei.** Der Austausch der Ratifikationsurkunden zu
dem Vertrag über die Staatsbürgerrecht, zu dem wirt-
schaftlichen Abkommen mit angehängtem Verzeichnis über
die Kriegsanleihen und zu der Vereinbarung über die
Durchführung des Artikels 295 des Friedensvertrages von
Versailles, die zwischen der Regierung der tschecho-
slowakischen Republik und Deutschland abgeschlossen wurden,
sind gestern in der Rechtssektion des Ministeriums des
Ausschusses in Prag statt.

Kostenkreis in Emden. Am 7. September abends sind
die Kosten des Emdener Nepters wegen Differenzen mit der
Emdener Guss-Versicherungsgesellschaft in den Streik getreten.
Da eine Einstellung der Zufahrt zum Hafen Emden für die
gesamte deutsche Wirtschaft (Erzeugung, Getreideimport)
sehr nachteilige Folgen habe würde, ist eine technische Not-
hilfe eingeleitet.

Der Ausschuss des Reichseisenbahnrates einberufen.
Der Reichsverkehrsminister hat zum 16. d. M. den Ausschuss
des Reichseisenbahnrates nach Berlin einberufen. Der
Ausschuss soll über die prozentualen Tarifserhöhungen be-
raten, die zum 1. Oktober mit Rücksicht auf die letzten
Preiserhöhungen für Material und auf die jüngste Er-
höhung der Löhneerhöhungen für das Personal notwendig
werden.

**Der Reichsausschuss veröffentlicht eine Bekannt-
machung des Reichsausschusses des Innern betr. Preis-
veränderungen in der deutschen Arzneitaxe.**

Im Reichstagsausschuss für Vorkaufangelegenheiten
wurden die erhöhten Tarife für Postkarten und Briefe nach
den Beschlüssen des Reichsrates angenommen. Die Fern-
sprechgebühren wurden gegen die Stimmen der Deutsch-
nationalen und der Volksparteier nach dem Regierungs-
vorschlag angenommen. Sie erhöhen sich also um 240%,
gegenüber den jetzigen Beträgen. Angenommen wurde
ferner eine vom Zentrum eingebrachte Entschließung, der
zufolge für den Bezug von Tageszeitungen durch die
Post die vierteljährliche durch eine monatliche Befreiung



**Sanatorium
v. Zimmermann'sche
Stiftung, Chemnitz 19.**

Freie Höhenlage. Vorzügliche Kurenrichtungen. Individuelle
Behandlung. Seelische Beeinflussung. Beste diätetische Pflege.
Behandlung von Nerven- und allen Organleiden, Korpulenz,
Magerkheit, Gicht, Rheuma, Zuckerkrankheit, Frauenleiden,
Lähmungen, Ausschlägen etc. Abhärtungs- u. Stoffwechselkuren.
Aufsicht, Prospekt. Tel. 2160. Chefarzt: Dr. Loebell.

und durch Einlegung des Verkaufspreises ersetzt werden soll,
sowie eine von der Bayerischen Volkspartei eingebrachte
Entschließung, nach der die Verpackung von Zeitungen für
den Postverkauf Sache des Verlegers sein soll. Auf Antrag
der Verleger soll die Postverwaltung die Verpackung jedoch
zu einem zwischen beiden Parteien zu vereinbarenden, die
Selbstkosten der Post bedeckenden Betrag ausführen. Auf
eine Anfrage von deutschnationaler Seite erwiderte Reichs-
postminister Giesberts, daß die Reichspostverwaltung im
Begriff ist, allmählich 15- bis 16 000 Beamte in andere
Reichsverwaltungen überzuführen, womit die Reichsfinanz-
verwaltung einverstanden sei.

**Der Ueberwachungs-Ausschuss des Reichstages be-
willigte einstimmig für die Fertigstellung begonnener
Wohnungsbauten nach den Beschlüssen des Reichsrates
drei Milliarden Mark, die durch die Landesregierungen, die
Träger des Wohnungsbaues (Wohnungsfürsorgege-
schaften, Gemeinden und Siedlungsgesellschaften) über-
nommen werden sollen. Auf eine Anfrage von deutsch-
nationaler Seite teilte der Vertreter des Reichsfinanz-
ministeriums mit, daß die Vorlage der Invaliden von
1870/71 verbessert werden soll und entsprechende Maß-
nahmen bereits in Angriff genommen seien.**

Fürsorge-Maßnahmen in Danzberg. Der Hamburger
Senat richtete an die Bürgererschaft einen Antrag auf Be-
willigung von 280 Millionen Mark zur Durchführung von
Fürsorge-Maßnahmen anlässlich der Teuerung.

**Die Spitzenverbände der Beamten und Staats-
arbeiter wollen einer Korrespondenz zufolge nach Beendi-
gung der Münchener Tagung des Deutschen Eisenbahner-
verbandes die Regierung ermahnen, noch im Laufe dieses
Monats auf die jetzt gültigen Gehälter und Löhne
Teuerungszuschläge zu gewähren.**

**Der Präsident des Reichsmilitärgerichts, General
d. Inf. Wilhelm v. Ende-Suden, ist im Alter von
74 Jahren in Braunschweig gestorben.**

Polen.

Die Selbstverwaltung der Galizien. Der
Entwurf für die Statuten der Selbstverwaltung der drei
Landesteile Galizien, der Distrikte Lemberg, Stanis-
law und Tarnopol wurde am Dienstag im Ministerrat
besprochen und wird am 19. ds. Mts. dem Seim vorgelegt.

Kredite für Bauzwecke. Die Reichsminister
berichten, daß das Finanzministerium sich an den
Ministerat mit einem Antrag auf Bewilligung weiterer
Kredite in Höhe von 1 1/2 Milliarden für Bauzwecke ge-
wandt hat. Die Summe soll an die Banken verteilt wer-
den; die Banken werden die Kredite an Privatunterneh-
mungen und Bankensparten verteilen.

Ungarn.

**Der Attentatsplan gegen das rumänische
Königspaar.** In der gestrigen Sitzung des Ausschusses
für auswärtige Angelegenheiten erklärte Ministerpräsident
Graf Bethlen auf eine Anfrage bezüglich des von rumäni-
schen Blättern in den letzten Tagen wiederholt erör-
terten Attentatsplanes gegen das rumänische Königspaar, die
ungarische Regierung habe von den Einzelheiten keine
Kenntnis. Die bulgarische Regierung habe dem ungarischen
Gesandten noch keine Mitteilungen gemacht. Alles
dies sei nichts anderes als ein schon oft benutztes politi-
sches Mandier, durch das Ungarn vor der europäischen
Öffentlichkeit distanzieren werden solle. — Die Budape-
ster Polizei hat von dem in rumänischen Blättern als
Dausträdelführer bei dem angeblichen Attentatsplan
gegen das rumänische Königspaar genannten Grafen Pi-
quelmont de Belmont festgestellt, daß dieser mit dem mehr-
mals vorbestraften internationalen Hochstapler Nikolaus
Amoski identisch ist, der von den ungarischen Behörden
wegen Erpressung, Unterschlagung, Bigamie usw. verfolgt
wird und nach Rumänien geflüchtet ist, wo er sich offen-
bar als Agent provocateur betätigt.

Schina.

Russisch-chinesische Konferenz. Reuter mel-
det aus Peking, daß, wenn auch noch keine Einzelheiten fest-
gestellt seien, eine grundsätzliche Uebereinstimmung erzielt
wurde, wonach eine russisch-chinesische Konferenz in Peking
zur Regelung ausstehender Fragen stattfinden soll.

Amerika.

Senator Lodge wiedergewählt. Nach einer
Neuermeldung aus Boston wurde der republikanische
Senator Lodge bei den Wahlen mit überwältigender Mehr-
heit wiedergewählt.

Die Tarifbill. Nach einer Meldung aus
Washington ist der Bericht der Konferenz von Vertre-
tern beider Häuser des Kongresses für die Tarifbill dem
Repräsentantenhaus übermittlelt worden. Er stellt das
Fardeneinfuhrverbot für ein Jahr wieder her. Der Bericht
ermächtigt den Präsidenten, die Höhe auf Empfehlung der
Tariffkommission zu erhöhen oder herabzusetzen. Die Kon-
ferenzmitglieder setzten die Höhe in manchen Punkten etwas
unter die Positionen des Senats herunter, im allgemeinen
jedoch über die Höhe des Payne-Abdrichtarifs hinaus. Die
Höhe des Senats für Messerschmidwaren wurden etwas,
die Fardenzölle scharf herabgesetzt. Zwischenfarben 50
Prozent vom Wert, 7 Cents je Fund, Fertige Farben
60 Prozent — 7 Cents, musikalische Instrumente 40 Pro-
zent vom Wert, Bleistifte 45 Cents das Gros und 25 Pro-
zent, photographische Kameras 25 Prozent, Kuppen, Spiel-
waren 70 Prozent, Spitzen 90 Prozent, Stickeren 75
Prozent, Ledertaschen, Echelmappen, Taschenbücher 30
Prozent, Schreibpapier 3 Cents je Fund — 15 Prozent,
Eisstücke, geschnittene und facetettierte 20 Prozent,
Stilkartenstaschen, Jagarrevolver, Manichetten, Bür-
stenstücken 80 Prozent, verzierte edlere Geschirre 50 Pro-
zent, Porzellan 70 Prozent. Posttaxe wurde auf die
Freiliste gesetzt mit Abgabe von 1/2 Cents je Fund für
die ersten drei Jahre nach Annahme des Gesetzes. — Wie
aus Washington weiter gemeldet wird, behält der Bericht
der Konferenz von Vertretern beider Häuser des Kongresses
über die Tarifbill die ausländische Bewertung bei, doch
wird der Präsident ermächtigt, den amerikanischen Bewertungs-
plan zur Anwendung zu bringen, wenn sich zeigt, daß
dies zum Schutze der amerikanischen Industrie nötig ist.
Zachverständige erklären, die Tarifhöhe des Kongresses
berichtet seien im allgemeinen etwas niedriger (nicht höher,
wie weiter oben gemeldet), als die des Payne-Abdrich-Tarifs
sind. Sie sind aber bedeutend höher als die des jetzt gel-
tenden Underwood-Tarifs. Eine Abordnung von Wirt-
schafts-Fabrikanten führte Klage darüber, daß die Post-
sätze des Kongressesberichts zu einer Erhöhung der ameri-
kanischen Fabriken führen würden, weil die Höhe nicht
hoch genug seien, um den Unterschied zwischen den Erzeu-
gniskosten in Amerika und in Russland auszugleichen.